Die Verhältnisse in München sind durchaus noch nicht so befriedet, wie sie ein Außenstehender ansehen könnte. Unter der Asche glimmt das Feuer der revolutionären Wut weiter. Ein Gang durch die Straßen, in die Kaffeehäuser und Bierlokale wird jedem Zweifelnden das bestätigen.

Rücken heute die Reichstruppen ab, so wird das das Signal zum Beginn der Wühlarbeit unter den wenig selbständigen, leicht beeinflußbaren bayerischen Truppen sein, vorausgesetzt, daß die bayerischen Regierungstruppen bis dahin überhaupt einen nennenswerten Grad der Brauchbarkeit erreicht haben, von dem sie zur Zeit allerdings noch weit entfernt sind.

Das Oberkommando und die Stadtkommandantur hat nach Besetzung von München eine allgemeine Entwaffnung auch der Bürgerwehren usw. durchführen müssen. Die Härte, die darin für die Bürger lag, die selbst zur Befreiung Münchens mit beigetragen haben, mußte diesen auferlegt werden. Diese harte Maßnahme konnte von ihnen aber auch gefordert werden, da ihnen versprochen wurde, daß alles geschehen würde, um Leben, Eigentum und Schutz der Arbeit zu sichern. Nachdem jede staatliche Autorität aufgehört hatte, waren die Waffen das einzige, was jeder Bürger noch zum Selbstschutz und darüber hinaus zur Mithilfe an der Rettung seiner Vaterstadt besaß.

Wenn daher nicht die unbedingte Gewähr von Staats wegen übernommen werden könnte — und ich habe nach den vorstehenden Ausführungen Grund daran zu zweifeln —, daß derartige Verhältnisse nicht wiederkehren, wäre es unverantwortlich, wenn man von einer Wiederbewaffnung der Einwohner Abstand nehmen würde.

Wir hätten dann, abgesehen von einer vorübergehenden Befriedung Münchens, nur das eine praktische Ergebnis erzielt, daß wir durch die Entwaffnung, von der, darüber kann trotz allem kein Zweifel sein, in erster Linie die bürgerlichen Elemente betroffen wurden, während die Spartakisten ihre Waffen der Erfassung rechtzeitig entzogen haben, die ortsansässigen Bürger schutzlos gemacht haben.

Die Frage der Niederlegung der Waffen in Waffenlagern dürfte nach Vorstehendem gleicherweise gefährlich sein und muß daher abgelehnt werden.



Die Überrumpelung, Besetzung und Verausgabung der Waffenlager durch die Spartakisten würde eine der ersten Taten bei einem Putsch sein, über dessen schnellen Erfolg ich nicht im Zweifel bin.

Wir haben dann lediglich Waffenlager für unsere Gegner bereitgestellt, die dann für diese einen wertvollen Zuwachs an Kampfmitteln bilden, den sie überdies jetzt schon in Rechnung stellen können.

Solange in Bayern nicht darüber volle Klarheit geschaffen wird, daß wir ein Heer brauchen, das eiserne Disziplin hält, solange kann der bayerische Staat aus eigener Kraft Leben, Eigentum und Arbeit nicht schützen.

Solange der Staat aber diesen Schutz nicht gewährleisten kann, muß er dem Bürger den Selbstschutz ermöglichen.

Die bewaffnete Einwohnerwehr ist daher für die Übergangszeit bis zum Eintritt geordneter Verhältnisse eine berechtigte Forderung der Einwohnerschaft, die der Staat mit allen Mitteln unterstützen muß.

Anfügen möchte ich noch, daß gerade die an den Besprechungen teilnehmenden Vertreter der mehrheitssozialistischen Partei diesem Standpunkt voll beigetreten sind.

gez. A. B. Röhm.

Der Stabschef des Generalkommandos, der die Aufstellung der Einwohnerwehr für sehr dringlich ansah, gab mir den angenehmen Auftrag, die Meinungsverschiedenheiten mit meinen bayerischen Landsleuten selbst auszutragen.

Nun hatte ich zu meiner Unterstützung, zur Entgegennahme der Wünsche der Einwohnerschaft und zur Vorbereitung der Aufstellung der Wehr einen Einwohnerwehr-Ausschuß berufen, der aus allen Ständen und Vertretern der politischen Parteien einschließlich der Sozialdemokraten bestand. Der Ausschuß trat täglich in meinem Büro zusammen; dabei gab es manchmal erregte Sitzungen: die bürgerlichen Vertreter kamen mit den Sozialdemokraten hintereinander, so daß ich oft schlichtend eingreifen mußte. Ich hatte schließlich den gesamten Ausschuß einschließlich der sozialdemokratischen Vertreter von der Richtigkeit meines Standpunktes überzeugt. Diese letzteren baten mich, weil sie sich bei dem Vollzugsausschuß ihrer Partei nicht durchzusetzen glaubten, diesem Ausschuß persönlich Vortrag zu halten.

Der Vollzugsausschuß tagte in einigen Räumen der Kgl. Residenz und war eigentlich eine der Regierung Hoffmann übergeordnete Stelle. Gelang es mir, hier die Stimme der maßgebenden Männer zu erhalten, so hatte ich gewonnenes Spiel. Mit meinem getreuen Bergmann begab ich mich daher in das sozialistische Hauptquartier und sprach mit den entscheidenden Persönlichkeiten.

Die Aufnahme war freundschaftlich und herzlich; wir wurden mit Bier und Käse bewirtet und unterhielten uns sehr gut. Es waren alles Leute aus dem Volke; wir saßen wohl eine Stunde in ihrem Kreise und sprachen über Krieg und Revolution und was werden sollte. Ich meinte, die Offiziere seien doch ganz ordentliche Leute, die Genossen meinten: sie seien auch ganz ordentliche Leute, und das Ergebnis war, daß die Vertreter des Ausschusses das von mir vorbereitete Protokoll unterzeichneten, sich mit meinen Plänen einverstanden erklärten und wir in Frieden und Freundschaft schieden. Ich möchte hier nicht mißverstanden werden: die Männer, mit denen ich mich in der Residenz beriet, waren deutsche Männer, die aus innerer Überzeugung meinen Plänen zustimmten und mir ihre Mitarbeit zusicherten.

Ich war stolz auf meinen Erfolg und fuhr schleunigst zum Chef des Stabes der Gruppe. Dort erhielt ich zunächst eine Nase, weil ich eine Stunde zu spät kam; es war wieder einmal eine Besprechung zur endgültigen Regelung der Einwohnerwehrfrage angesetzt worden. Das Generalkommando war sehr verstimmt, daß die Sache nicht vorwärtsgekommen war. Ich ließ mich zunächst noch vor den versammelten Offizieren ausschelten, daß ich nichts fertiggebracht hätte. Erst, nachdem ich meine notwendigen Nasen eingesteckt hatte, zog ich bedächtig mein Schriftstück heraus und überreichte es dem Chef.

Nun war jede weitere Besprechung überflüssig. Die Aufgabe konnte nunmehr in Angriff genommen werden, so wie ich vorgeschlagen hatte: das Kind war geboren.

Der Kommandierende General und der Chef des Stabes sprachen mir die Anerkennung aus für meine Zähigkeit und beglückwünschten mich zu meinem Erfolg.

Die übrige Arbeit in der Stadtkommandantur war mittlerweile unverändert weitergegangen. Die Aufgaben wuchsen so,



daß der Arbeitsstab vergrößert werden mußte und die Stadtkommandantur das Hotel „Russischer Hof" zugeteilt erhielt. Die Sicherheitsmaßnahmen wurden durch die einschlägige Abteilung immer mehr verbessert und erweitert, der Nachrichtendienst in einer besonderen Generalstabsabteilung organisiert. Mit den Resten roter Soldatenwirtschaft wurde auch in den Kasernen gründlich aufgeräumt. Die republikanische Schutztruppe, die gewiß manches Verdienst sich erworben hatte, verfiel der Auflösung. Auch dem Verhalten der Offiziere in der Öffentlichkeit mußte damals ein besonderes Augenmerk geschenkt werden. Manche Uniformträger, die sich bisher äußerste Zurückhaltung auferlegt hatten, insbesondere was den allenfallsigen Eintritt in ein Freikorps anbetraf, hielten die Zeit für gekommen, sich einer staunenden Öffentlichkeit im Glanze ihrer Uniformen wieder zu zeigen. Die bei der Befreiung Münchens dabei gewesen waren, sah man bald nicht mehr in Uniform; dafür diejenigen, die ihre Uniform zu jener Zeit bedächtig im Kleiderschrank aufbewahrt hatten. Diesem Unfug steuerte die Kommandantur sehr nachdrücklich. Nicht gerade wenige Offiziere, die zu mir kamen und ihre wertvollen Dienste für eine besondere Verwendung anboten — unter einem Bataillonskommandeur taten sie es meistens nicht —, mußten sich von mir belehren lassen, daß Offizier sein heißt, dem Vaterland dienen, gleichviel in welcher Dienststellung.

Das scharfe Durchgreifen des Oberstleutnants Hergott auf allen Gebieten hatte den Mißmut und die Furcht der Regierung Hoffmann erregt. Sie trachtete daher schon seit geraumer Zeit, ihn von seinem gefährlichen Posten zu entfernen. Das bayerische Oberkommando Möhl trat leider nicht scharf und nachdrücklich genug den Machenschaften der Regierungsvertreter entgegen, das Generalkommando von Oven konnte dann schließlich nicht anders, als die Regelung der Stellenbesetzung den Bayern zu überlassen.

Oberstleutnant Hergott wurde geopfert und trat wieder an die Spitze seines Regiments. An seiner Stelle wurde der der roten Regierung genehme Major v. Seisser als Stadtkommandant bestimmt.

Für mich war mein Verhalten natürlich klar. Ich trat gleichzeitig mit meinem Kommandeur von meinem Posten als Stabschef zurück.

Da die Aufstellung der Einwohnerwehr mehr oder weniger mit meiner Person verbunden war, versuchte das Generalkommando nachdrücklich, mich zum Ausharren auf meinem Posten zu veranlassen. Ich konnte aber meine Entscheidung nicht ändern und erklärte mich lediglich dazu bereit, zur Übergabe der Geschäfte und zur Einweisung des Nachfolgers einige Tage unter den veränderten Verhältnissen den Dienst fortzusetzen. Dann trat ich wieder zum Stabe des Schützenkorps zurück.

Ein kleiner Abschnitt meines militärischen Lebens war damit abgeschlossen; nur kurze Zeit stand ich in einer selbstgeschaffenen Stellung, wo ich größte Verantwortung, aber auch größte Selbständigkeit und verhältnismäßig größten Einfluß hatte. In den wenigen Tagen meiner Wirksamkeit war es mir gelungen, die Grundlage für ein Werk aufzubauen, das in der weiteren Entwicklung meines Heimatlandes eine entscheidende Rolle zu spielen berufen war.

Aus Grundsatz habe ich damals, wie ich es auch in meinem späteren Leben noch öfter tat, einer mir lieb gewordenen Betätigung, ja selbst einer einflußreichen Stellung freiwillig begeben, weil ich es für geboten hielt. Rückschauend, bedauere ich es nicht und will es auch in Zukunft so halten. Das Geschick, das dem Menschen vorgezeichnet ist, geht ja doch seinen ehernen Lauf.

### 16. Soldat und Politik

Eine Erkenntnis habe ich aus meiner kurzen Verwendung bei der Stadtkommandantur jedenfalls für später mitgenommen: Der Offizier muß politisch denken und handeln lernen, sonst ist er an verantwortlicher Stelle nicht zu gebrauchen. Man wird mir zugeben müssen, ich habe mich nicht dazu gedrängt, das politische Roß zu besteigen; ich wurde einfach vor ein Arbeitsgebiet gestellt, wo ich **politisch** tätig werden mußte, sonst hätte ich meine **militärische** Aufgabe nicht erfüllt. Ähnliche Erfordernisse traten ja auch schon während meiner Dienstleistung im Kriegsministerium an mich heran.

Heer und Politik stehen eben doch in solcher Wechselwirkung zueinander, daß eine Trennung des einen von dem anderen gar nicht möglich ist.



Diese Tatsache bedingt durchaus nicht eine politische oder gar parteipolitische Betätigung jedes Heeresangehörigen. Sie erfordert aber, daß zum mindesten der Offizier politisch so geschult wird und sich selbst schult, daß er an verantwortlicher Stelle auch politisch derart zu handeln lernt, wie es den militärischen Erfordernissen entspricht.

Es ist sicher nicht richtig, wenn immer behauptet wird, das Königliche Heer oder die Kaiserliche Marine seien unpolitisch gewesen, um für heute daraus zu folgern, die Wehrmacht müsse unpolitisch sein. Das deutsche Heer als solches war das stärkste und größte politische Instrument des Staates, an den Landesherrn durch den Fahneneid als das Vollzugsorgan seines politischen Willens gebunden. Wer leugnen wollte, daß der Fahneneid von dem einzelnen Soldaten eine eindeutige politische Willensrichtung bindend verlangte, nämlich die, Thron und Vaterland unter allen Umständen gegen alle Widersacher bis zum Tode zu schützen, würde Tatsachen verneinen, die nicht aus der Welt geschafft werden können. Diese Tatsachen lassen sich auch nicht mit dem Grunde verleugnen, daß die Fürsten sich ihres Rechtes, die letzte Folgerung aus der politischen Festlegung ihrer in der Armee dienenden Landeskinder zu fordern, freiwillig begeben haben.

Eine einheitliche politische Einstellung war also für die gesamte Armee gegeben.

Leider folgerten die Glieder dieser Armee aus dieser eindeutigen Einstellung heraus, daß ein Bedürfnis nach Beschäftigung mit politischen Dingen, die außerhalb des Rahmens dieser Festlegung lagen, nicht gegeben sei.

Unter der Voraussetzung, daß es ein Staatssystem gibt, das keine Veränderung zu fürchten hat, und daß das System des alten Staates ein solches gewesen wäre, könnte man dieser Auffassung vielleicht Berechtigung zuerkennen. Da die Geschichte aber lehrt, daß es ein solches Staatssystem nie geben wird, ist und war dieser Standpunkt falsch und mußte sich daher notwendigerweise rächen. Der 9. November 1918 hat jedenfalls der Armee eine unerbittliche und furchtbare Quittung erstellt für die politische Bedürfnislosigkeit seiner Berufssoldaten, d. h. vor allem seiner Offiziere und Unteroffiziere. Ich kann in diesem Zusammenhang ganz absehen von dem nicht meßbaren Schaden für das Wohl der Gesamtheit; ich halte mich

hier nur an die vernichtende Wirkung für das Wohl dieser Berufsklassen selbst.

94 Prozent der aktiven Offiziere haben im Kriege ihr Blut für das Vaterland geopfert; sie sind tot oder verwundet auf den Schlachtfeldern geblieben. Ein geradezu kaum glaubhafter Hundertsatz an Opfern, die diese Berufsklasse im Daseinskampf des Volkes gebracht hat. Nicht **ein** Beruf, nicht **ein** Stand hat annähernd gleichen Blutzoll dem Vaterlande gegeben. Und das Ergebnis? Kein Beruf und kein Stand war nach dem Abschluß des Krieges, in dem er diese Opfer gebracht, so entrechtet wie der der aktiven Offiziere.

Und erging es dem aktiven Unteroffizierstand anders? Diese Erfahrung am eigenen Leibe müßte, so meine ich, den Berufsoffizier heute jedenfalls zum politischen Offizier machen. Er ist es, trotz November 1918, in seiner Mehrheit nicht geworden.

Daß der Staat als solcher, insbesondere der Weimar-Staat, keinen Gefallen an der Politisierung des Berufsoffizierkorps hat, ist begreiflich. Im Interesse **dieses** Staates ist sie kaum gelegen; er will die **Führer** „unpolitisch“ haben, um die Masse der **Geführten** unbehindert in sein politisches System zu zwingen. Daß aber dieser Verzicht auf ein politisches Recht, das ihm nicht verwehrt werden kann, dem Interesse des Soldatenstandes zuwiderläuft, stelle ich unter Beweis.

Der Novemberumsturz hat ergeben, daß der Verzicht auf politisches Denken und Wollen dem Offizierstande zum Verhängnis wurde. Der Offizier kann und muß als Landsknecht in einem fremden Lande, dem er dient, unpolitisch sein; in seinem Vaterland darf er es nicht.

In der alten Armee stand an der Spitze als oberster Soldat, der die letzte, auch politische Entscheidung hatte, der Landesfürst. Es war dem Offizier damals wenigstens erspart, daß er Anordnungen von einem Nichtsoldaten entgegennehmen mußte.

Heute leben wir im parlamentarischen Staat; an der Spitze des Heeres stand einige Male ein Herr im Bratenrock und Zylinder, u. U. ein Parlamentarier, ein Zivilist, ein Nichtoffizier. Den Politikern und Parlamentariern ist daher eine Einflußnahme auf das Heer nicht mehr in dem Maße verwehrt wie im alten Staat.

Wenn auch angesichts dieser zu seinem Nachteil veränderten



Lage, trotz der Erfahrungen des 9. November 1918, der Offizier „unpolitisch“ bleiben will, so scheint mir dieser Verzicht, der meist der Bequemlichkeit und der Indolenz entspringt, einer Selbstaufgabe gleichzukommen.

Dann darf sich der Berufssoldat aber auch nicht beklagen, wenn das Schicksal über ihn hinweggeht, wenn nicht nur sein dienstliches, sondern auch schließlich sein privat-persönliches Geschick restlos von denen geformt wird, denen er das politische Handeln überlassen hat.

Ich war jedenfalls nicht gewillt, auf mein Recht zu politischem Denken und Handeln in dem Rahmen der mir zugewiesenen dienstlichen Tätigkeit zu verzichten und habe davon Gebrauch gemacht.

## 17. Schützenbrigade Epp

Der Stab **Epp** siedelte Ende Mai 1919 in die Räume des bayerischen Armeemuseums über.

Aus dem Schützenkorps war mittlerweile die „bayerische Schützenbrigade 21“ geworden. Dem Schützenkorps, bestehend aus den Regimentern **Hergott** und **Haack**, waren zur Eingliederung noch zur Verfügung gestellt worden: das Freikorps **Oberland**, das Detachement **Bogendörfer** und **Probstmayr**, die Freikorps **Würzburg**, **Bayreuth**, **Wolf** und **Berthold**, ferner zahlreiche Kavallerie- und Artillerieverbände.

Die Organisationsarbeiten zogen sich Wochen und Monate hin. Erst am 24. 7. 1919 erfolgte die endgültige Eingliederung des Freikorps **Epp** in die bayerische Reichswehr.

Mit großer Tatkraft war in kurzer Zeit von tüchtigen Offizieren eine ansehnliche, wohlgegliederte Truppenmacht auf die Beine gestellt worden.

Außer der Schützenbrigade 21 waren in Bayern noch zwei weitere Brigaden in Aufstellung begriffen.

Die Entwicklung der Dinge in Norddeutschland gab dem Obersten von Epp bald die Genugtuung, ein Detachement seiner Truppe unter Führung des Oberst **Hergott** nach Hamburg zur Niederwerfung der dortigen Unruhen entsenden zu können. Die Kampftruppe des Detachements bildete das III. Bataillon des Schützenregiment 41 unter der Führung des

Oberstleutnants Hofmann. Seinem Rufe, den der rücksichtslos schneidige Offizier vom Felde her hatte, hat er in Hamburg, wie ich hörte, alle Ehre gemacht. Jedenfalls sollen die Bayern einen recht guten Namen und eine gute Handschrift hinterlassen haben.

Einen Vorfall, der sich im Sommer 1919 abspielte, will ich hier schildern, weil er zeigt, welcher selbstbewußte Geist damals noch Gemeingut der Truppe war. Ich glaube, der Anlaß war die Auflösung der bayerischen Armee oder die Übernahme der bayerischen Truppen auf das Reich. Die bayerische Armee vertrat der ehrengeachtete Minister Schneppenhorst, zur Übernahme war der Reichsminister Noske, ich glaube sogar der vorläufige Reichspräsident Ebert, in München eingetroffen. Die feierliche Handlung fand in der Marsfeldkaserne statt. Oberst Hergott weigerte sich kurzerhand, mit seinem Regiment an dieser Veranstaltung teilzunehmen und rückte zur „Feier“ nicht aus. Die große republikanische Revue fand dann in verkleinertem Maßstabe statt.

Die bayerische Einwohnerwehr hatte sich unterdessen kräftig entwickelt. Nicht nur in München, noch mehr auf dem Lande entstanden starke Wehrverbände aus den besten Elementen des Volkes. Eine Landesleitung war an die Spitze getreten, die die einheitliche Organisation im ganzen Lande durchführte.

Forstrat Escherich war der Schöpfer und die Seele der ganzen Wehr.

Ihm stand in Oberstleutnant Kriebel der überlegene, zielklare und ruhige Organisator zur Seite. Oberst von Epp und der Regierungspräsident von Kahr waren eifrige Förderer der Sache.

Oberst von Epp übertrug mir die gesamte Bearbeitung aller mit der Einwohnerwehr zusammenhängenden Fragen, insbesondere die Ausstattung der Einwohnerwehrverbände mit Waffen, Munition und Gerät; ein Arbeitsgebiet, das mich auf Jahre hinaus besonders in Anspruch nahm. Der Landesleitung stellte ich einen meiner Offiziere zur Verfügung, der dort im Stabe die Wirtschaftsabteilung übernahm; auch von den Transportoffizieren traten die Mehrzahl in den Stand der Einwohnerwehr über.

Zeitweise begleitete ich meinen Kommandeur auf seinen Besuchen bei Einwohnerwehrverbänden auf dem Lande. So



erinnere ich mich der Besichtigung einer Einwohnerwehrabteilung im Chiemgau durch den Reichswehrminister Gustav Noske in Gegenwart des damaligen bayerischen sozialdemokratischen Innenministers Endres, des Obersten v. Epp und des Regierungspräsidenten von Kahr.

Bewaffnung und Ausrüstung der erstehenden Reichswehr-Brigade, oftmalige Umbewaffnung der Artillerieverbände und die Ausrüstung der Zeitfreiwilligenverbände boten der Abteilung Ib, die ich leitete, eine Menge Arbeit.

So war das Frühjahr 1920 ins Land gezogen, und zeitweise wurde der politische Himmel durch geringfügige, aber doch bezeichnende Ereignisse kurz beleuchtet.

Allmählich war es schon zur Gewohnheit geworden, daß die Aktivisten in der politischen Bewegung von Zeit zu Zeit mich aufsuchten. So blieb ich über die Auffassungen in diesen Kreisen immer auf dem laufenden.

In dieser Zeit, es mag auch etwas später gewesen sein, hatte ich mit noch einigen Kameraden der Reichswehr meist in der Wohnung des Hauptmanns Beppo Römer von Zeit zu Zeit Zusammenkünfte mit Gleichgesinnten. Die Vereinigung nannte sich „Eiserne Faust“ und hatte nationalistische, leicht revolutionäre Ziele. Ein Mitglied der Vereinigung, das öfters nach Berlin fuhr, brachte uns von dort immer Nachrichten über die Lage in Norddeutschland, die, soweit ich unterrichtet bin, in der Hauptsache aus dem Kreis um den Grafen zu Reventlow stammten.

Eines Tages trat auch Adolf Hitler in diesen Kreis. Hitler war Bildungsoffizier im Stabe des Gruppenkommandos und unterstand, ebenso wie Hermann Esser als Pressereferent, der politischen Abteilung, die Hauptmann Mayr leitete. Dieser ehrgeizige Offizier, der heute im marxistischen Reichsbanner eine führende Rolle einnimmt, hatte bei der Beweglichkeit, die ihm eigen war, Zutritt und Geltung bei den Kreisen, die scharf national eingestellt waren, sich zu verschaffen gewußt. Neben seiner Dienstführung als Nachrichtenoffizier des Wehrkreiskommandos wandte er sein Augenmerk allen politischen Bestrebungen zu. Ich habe keinen Anhaltspunkt dafür, daß er hierbei nicht seiner Überzeugung folgte. So war er vielleicht der entscheidendste Förderer des Kapp-Unternehmens in Bayern.

## 18. Kapp-Unternehmen und Ruhraufstand.

Am 13. März 1920 brach das Kapp-Unternehmen los. Nun wird ja die Streitfrage nie gelöst werden, worauf und inwieweit bei einem revolutionären Unternehmen mehr Gewicht gelegt werden soll: auf die möglichst große Geheimhaltung oder auf die tunlichst gründliche Vorbereitung. Was dem einen zugute kommt, schadet dem anderen. Zwischen den beiden Notwendigkeiten den richtigen Ausgleich zu finden, wird immer Kunst und Gefühl des revolutionären Führers entscheiden müssen. Kapp entschied sich, wenigstens was Bayern betrifft, zugunsten der Geheimhaltung. Auf entscheidende Vorbereitung glaubte er hier verzichten zu können.

General von Lüttwitz, der militärische Führer des Unternehmens, mochte wohl annehmen, daß die bayerische Reichswehr ohne weiteres sich einer Bewegung anschließen würde, die zum Ziele hatte, die marxistische Vorherrschaft und Mißwirtschaft im Reiche zu brechen. Darin hat er sich leider getäuscht.

Natürlich haben wir jungen „unbesonnenen" Offiziere die befreiende Tat in Berlin jubelnd begrüßt. Mein ganz „unbesonnener" Ordonnanzoffizier ließ sogar beim Eintreffen der Nachricht aus Berlin sofort die schwarzweißrote Fahne auf dem Dache der Kaserne hissen, ein Beispiel, dem die wackeren Pioniere sofort folgten.

Aber der verantwortliche Befehlshaber und sein mitverantwortlicher Stabschef konnten sich zu keiner klaren Stellungnahme durchringen. Die bayerische Division hielt zu Kapp und hielt zu Ebert — sie wartete ab.

Daran allein, das ist meine Überzeugung, ist das Unternehmen Kapp-Lüttwitz gescheitert. Wir alle standen doch Ebert und der ganzen Marxistenbewegung mit Gefühlen gegenüber, die heute zu schildern das Republikschutzgesetz leider verbietet. Nun stand ein General auf und wagte endlich die Tat. Da durfte es kein Zaudern geben; die ganze bewaffnete Macht mußte wie ein Mann ohne Wenn und Aber an die Seite dieses Generals treten.

Statt dessen besprachen sich die Generale, erwogen und bedachten und ließen der gestürzten Regierung Zeit, sich wieder zu erholen.



Sie ließen ihre Kameraden in Berlin, die den Kopf gewagt hatten, im Stich.

Man komme mir nicht mit dem Philistergeschwätz von den außen- und innerpolitischen Gefahren und, weiß Gott, was allem noch. Ein starker Wille in Berlin hätte innere politische Schwierigkeiten recht bald gebannt gehabt, und außenpolitisch: es ist doch kaum auszudenken, wie wir noch mehr gedemütigt hätten werden können, als es ohnedies geschah.

Aber das sind ja müßige Betrachtungen heute. Tatsache ist, daß das kühne Unternehmen in Berlin, wie so manche andere befreiende Tat, an der „Besonnenheit", oder sagen wir besser Unentschlossenheit der Generale zusammengebrochen ist.

In der Truppe, in den Reihen der Reichswehr und bei den Verbänden der Zeitfreiwilligen wurde das Zögern mit Unmut aufgenommen. In der Prinz-Arnulf-Kaserne hielten am Abend und in der Nacht die Führer der Zeitfreiwilligenverbände erregte Besprechungen ab, zu denen auch Oberst von Epp im Laufe der Nacht dringend gebeten wurde, der in Begleitung des Majors von Hörauf und von mir in der Kaserne erschien. Rittmeister Freiherr von Thüngen und Oberleutnant Hemmeter verstanden es, durch zündende Ansprachen die Kampfbegeisterung aufs höchste zu steigern. Der Auszug aus einem Bericht, den ich hier folgen lasse, gibt am übersichtlichsten ein Bild der Entwicklung der Dinge bis zum Morgen des 14. März.

„Die Bekanntmachung des bayerischen Staatsministeriums vom 13. d. M., die mitunterzeichnet war von Vertretern der Parteien des Bayerischen Landtags und dem Oberbefehlshaber der bayerischen Reichswehr, General von Möhl, hat wegen der Schärfe, mit der zu den Berliner Vorkommnissen Stellung genommen worden war, in den Kreisen der Reichswehrangehörigen und der alarmierten Zeitfreiwilligen die größte Erregung hervorgerufen. Es war bekannt, daß hinter der Bewegung in Berlin die dortige Reichswehr fast geschlossen stand. Aus dem Wortlaute der Regierungs-Bekanntmachung vom 13. d. M. glaubte man herauslesen zu müssen, daß die bayerische Staatsregierung dem Reich den Fehdehandschuh hinwerfen wolle und sich hinter eine Regierung zu stellen beabsichtige, die in dem Augenblick, wo sie den Ort ihrer Wirksamkeit verlassen mußte, den Generalstreik proklamierte.

Die Erregung steigerte sich noch, als abends die Meldung kam, die bayerische Staatsregierung habe eine auf Sonntagmorgen 10 Uhr von der U.S.P. und K.P.D. anberaumte Massenversammlung im Zirkus Krone nicht nur nicht verboten, sondern genehmigt und auch nicht verhindert, daß zu dieser Versammlung der bekannte Agitator Abgeordneter Geyer aus Sachsen zureiste. Die Reichswehrleute und die Zeitfreiwilligen waren empört, daß, während sie sich mit ihrer Person zur Aufrechterhaltung der Ruhe, Ordnung und Arbeit einzusetzen gewillt waren, die Regierung, die Hüterin der öffentlichen Ordnung, den Generalaufmarsch derjenigen Elemente duldete, welche die Gegner der zu den Waffen Gerufenen bildeten.

Aus der Empörung erklärt sich der von Vertretern aller Kategorien der unter den Waffen Stehenden in der Infanterie-Leib-Regiments-Kaserne gegen 12 Uhr nachts gefaßte Beschluß, bei dem Kommandeur des bayerischen Reichswehr-Gruppenkommandos, Herrn General von Möhl, dahingehend vorstellig zu werden, daß die Regierung, die anscheinend nicht gewillt oder dazu nicht imstande war, an die Elemente der radikalen Linken eine mannhafte Absage zu richten, in den Übergang der vollziehenden Gewalt an den militärischen Oberbefehlshaber willigte. Um den Anschein jeglicher Disziplinlosigkeit zu vermeiden, wurde eine Deputation zur Leitung der Einwohnerwehr entsandt und der Landeshauptmann im Einverständnis mit dem Brigadekommandeur ersucht, im Hinblick auf den Ernst der Lage die Bitte der Deputation zu seiner eigenen zu machen und bei Herrn General von Möhl zu vertreten.

Der Landeshauptmann entschloß sich, nachdem er sich der Erlaubnis des Regierungspräsidenten von Oberbayern und der Polizeidirektion München, die in der Beurteilung der Lage mit ihm und der Deputation einig gingen, versichert hatte, dem Ersuchen der Deputation stattzugeben. Noch in der Nacht begab er sich mit der Deputation und den beiden Präsidenten zu General von Möhl, der sich ohne weiteres dazu bereit erklärte, das Staatsministerium, vorab den Ministerpräsidenten Hoffmann, um Übertragung der vollziehenden Gewalt zu bitten, wie dies für den Fall von Unruhen verfassungsgemäß vorgesehen war.



General von Möhl begab sich dann in Begleitung des Regierungspräsidenten von Kahr, des Polizeipräsidenten Pöhner, des Forstrats Escherich, des Oberstleutnants Kriebel mit den Vertretern der Zeitfreiwilligen zum Ministerpräsidenten Hoffmann."

Soweit der Bericht, für dessen Juristendeutsch ich nicht verantwortlich bin.

Der tatenlustige Leutnant Oesterreicher vom Freikorps Oberland verschaffte der Abordnung auf die ihm richtig erscheinende Weise den nötigen Nachdruck.

Ministerpräsident Hoffmann trat zurück.

An seine Stelle trat bekanntlich Herr von Kahr.

Bayern verdankte also dem Kapp-Unternehmen eine neue, man kann wohl sagen bessere Regierung. Immerhin ein mageres Ergebnis, wenn man bedenkt, daß in München die Geschicke des Reiches hätten entschieden werden können.

Zur Abkühlung wurde ich in den nächsten Tagen als Verbindungsoffizier zum Generalstaatskommissar in die Polizeidirektion kommandiert.

Generalstaatskommissar war Exzellenz von Winterstein, ein vornehmer, kluger und energischer Mann. Hier lernte ich Pöhner erst in seinem richtigen Element kennen, ebenso seinen Gehilfen Dr. Frick, den Leiter der politischen Abteilung. Pöhner und Frick waren ein Dioskurenpaar, das sich gegenseitig ergänzte. War Pöhner ein Feuerkopf, energisch, tapfer und rasch entschlossen, so war Frick vielleicht etwas kühler und bedächtiger, dafür aber nicht minder zäh, entschlossen und verantwortungsfreudig. Pöhner vermochte sich vielleicht rascher zu entscheiden, irgendeinen Weg zu gehen, ebenso rasch aber auch wieder diesen Weg aufzugeben und einen anderen zu gehen, wenn er es für notwendig und angezeigt hielt. Frick entschied sich vielleicht weniger rasch für eine Sache; wenn er sie als richtig erkannt hatte, hielt er zäh daran fest und ging unerschütterlich seinen Weg weiter.

Pöhner und Frick waren die markantesten Gestalten der neuen Regierung, wenn sie auch offiziell nicht am Regierungstisch saßen. Was aber an Festigung der staatlichen Gewalt, an Säuberung des Staatsapparates, an Reinigung des öffentlichen Lebens, an Unterdrückung marxistischer Übergriffe geschah, war das Werk dieser Männer.

Dank der Arbeit Kriebels und Escherichs war die Einwohnerwehr mittlerweile zu einem Machtfaktor der Politik geworden, der bei den Entschlüssen der Staatsleitung ein entscheidendes Wort mitzusprechen hatte.

Zu Unruhen von erheblicher Bedeutung kam es in Bayern nirgends mehr.

Anders in Mittel- und Westdeutschland.

Im Ruhrgebiet flammte der Kampf hell auf. Die in Stuttgart zufällig sich aufhaltende Reichsregierung, die in Ermangelung eines Ersatzes wieder die Zügel ergriffen hatte, mußte sich entschließen, große Teile der Reichswehr aus allen Gebieten Deutschlands beschleunigt in das bedrohte Gebiet zu entsenden.

In Bayern wurde aus Teilen der Reichswehr und Zeitfreiwilligenverbänden das Detachement Epp zusammengestellt, das in wenigen Tagen nach Rehda in Westfalen abrollte. Auf der Fahrt hatten wir die zweifelhafte Freude, der Regierung Ebert zu begegnen, die von ihrem Ausflug von Stuttgart nach Berlin zurückkehrte. Die eindeutigen Zurufe, die aus den Abteilen der Soldaten dem „Landesvater" und seinem Gefolge entgegenschallten, werden die Reisegesellschaft über die Gesinnung der bajuwarischen Ruhrkämpfer nicht im Zweifel gelassen haben.

Von Rehda trat die Schützenbrigade Epp am 26. 3. 1920 den Vormarsch in das Ruhrgebiet an, der über Beckum nach Pelkum, wo ein ernstes Treffen stattfand, Hamm und schließlich nach Dortmund führte. Der Einzug in Dortmund krönte das Unternehmen.

Die Befriedung war in den Teilen des Ruhrgebiets, in denen die Reichswehr eingerückt war, rasch vor sich gegangen. Um so wütender hetzte die gesamte marxistische Presse des Reiches gegen die Truppen. Umgestaltung der Reichswehr, Entfernung der Offiziere, Bildung einer Arbeiterwehr waren die immer sich wiederholenden Forderungen der roten Journaille.

Da von seiten der Reichsregierung nichts gegen dieses unterwühlende Zeitungsgeschmier geschah, bemächtigte sich der Truppe eine außerordentliche Erregung und Mißstimmung. Sie forderte laut die Unterbindung dieser Pressehetze und die sofortige



Einstellung der Untersuchung gegen sogenannte „reaktionäre" Teile der Reichswehr, die an manchen Orten eingesetzt hatte.

Schon machten sich auch im Ruhrgebiet Eingriffe der Reichsregierung und ihrer Abgesandten in der empfindlichsten Weise geltend.

Die Fortsetzung der Operationen, der Einmarsch in das Wuppertal, in dem ungestört rote Arbeitergarden ihre Exerzierübungen abhielten, wurde auf Geheiß der Regierung eingestellt.

Um das Kraut fett zu machen, wurde Herr Severing als Staatskommissar dem Oberkommandierenden auf den Hals gesetzt. Herr Severing hatte nicht nur Vollmacht, alle militärischen Maßnahmen zu überwachen und nach seinem Gutdünken dareinzureden, sondern auch alle Urteile der Standgerichte nachzuprüfen und gegebenenfalls aufzuheben.

Vom soldatischen Standpunkt aus betrachtet war die Lage gegen Ende April 1920 geradezu als eine Affenschande anzusprechen.

Hier erwies sich wieder so recht die Frucht der unpolitischen Erziehung der Offiziere.

Im Ruhrgebiet war damals die ausgesuchteste Truppenmacht vereinigt, von einer Güte und einem Kampfwert, der lange Zeit vorher nie erreicht war und später nicht mehr erreicht wurde. Die besten Truppen standen in ausreichender Zahl versammelt bereit und waren in der Lage, ganz Deutschland in Schach zu halten. Mit den anderen nicht im Ruhrgebiet anwesenden Truppen bestand engste Verbindung.

Die Truppe hatte glänzende Erfolge hinter sich und war fest in der Hand der Führer.

Auf der anderen Seite war das Ansehen der Reichsregierung durch den Husarenstreich Ehrhardts und ihre „tapfere" Flucht nach Württemberg im Volke unter den Nullpunkt gesunken.

Der Oberkommandierende der Reichswehr, General Freiherr von Watter, nutzte die Lage nicht. Es fanden Besprechungen statt, in denen die Kommandeure der Truppen, gedrängt von ihren Unterführern, ihn zu einer Tat vorwärtsreißen wollten.

Die „Tat" geschah: Freiherr von Watter trat zurück.

Den Dank von seiten der Reichsregierung konnte General von Watter im Jahre 1926 von dem Reichswehrminister Geßler entgegennehmen, der ihn mit dürren Worten als „verrückten General“ bezeichnete.

Einige Freiwilligentruppen, die tief erbittert waren, ließen sich nicht mehr halten und mußten in ihre Heimatstandorte zurückbefördert werden.

Die übrigen Reichswehrtruppen ließ Herr Dr. *Geßler*, der neue Reichswehrminister, bald darauf nach Hause fahren.

Wieder war eine historische Stunde für Heer und Volk vorbeigegangen. Vielleicht war es die letzte gewesen, in der das Heer sich hätte aufraffen können gegen den neuen Geist von Weimar, gegen seine Herabwürdigung zur Soldtruppe im Dienste der marxistischen und goldenen Internationale.

*Wieder hielt ein deutscher General das Schicksal Deutschlands in der Hand. Er senkte das scharfe Schwert vor dem Novemberstaat und steckte es in die Scheide.*

Und Herr *Ebert* wußte, daß er sich auf seine Offiziere verlassen konnte.

Der Zusammenbruch des Kapp-Unternehmens und die ruhmlose Liquidierung — ich finde keinen anderen Ausdruck — des Ruhraufstandes hatten die mangelnde Kampf- und Widerstandskraft des nationalen Deutschlands bewiesen.

Die natürliche Folge war, daß der äußere und der innere Feind zur völligen Niederringung der nationalen Widerstandszellen- und -gruppen den Weg offen fand.

Der Sommer 1920 leitet so einen Abschnitt ein, in dem die Feindstaaten alle Mittel zur völligen moralischen und materiellen Entwaffnung Deutschlands zur Anwendung bringen.

Als ihr förmlicher Bundesgenosse stellt sich ihnen der Gesamtmarxismus mit dem gleichen Kampfziel würdig zur Seite.

Die Reichsregierung will und vermag sich dem Ansturm nicht entscheidend entgegenzusetzen, sie gibt Stück für Stück nationaler Widerstandskraft mit einer geradezu beispiellosen Verantwortungslosigkeit preis.

Allein in Bayern versucht die, durch Nationalisten in den Sattel gesetzte Regierung gegen die restlose Entwaffnung und Entwürdigung Stellung zu nehmen.

Die Geschichte des wechselvollen Ringens, in dem auf der



einen Seite der Feindbund, der Marxismus und die Novemberdemokratie stehen, freiwillig oder gezwungen unterstützt von den Regierungen des Reiches und der marxistisch geleiteten Länder, auf der anderen, angelehnt an die Reichswehr und an national eingestellte Männer der Regierung und der staatlichen Behörden Bayerns, die vaterländische Bewegung des nationalen Widerstands, soll der Gegenstand der folgenden Ausführungen sein.

## 19. Beitritt zur Deutschen Arbeiterpartei und Arbeit in vaterländischen Verbänden.

Zum Verständnis des Folgenden ist notwendig, daß ich hier über meine politische Tätigkeit außerhalb des Rahmens meiner militärischen Dienstleistung kurz zusammenfassend berichte.

Wie viele meiner Kameraden in der Reichswehr hatte ich mich bald nach unserm Einzug in München 1919 der „Deutschnationalen Volkspartei in Bayern“ als Mitglied angeschlossen und ihr bei den Wahlen meine Stimme gegeben. Sie war damals ohne Zweifel *die* Partei, die am schärfsten für die nationalen Belange einzutreten *versprach*. Manche Dinge behagten mir allerdings damals schon nicht und ich trat deshalb wiederholt in anregenden Briefwechsel mit dem Landesgeschäftsführer der Partei. Insbesondere enttäuschten mich ihre Versammlungen. Wohl traten Redner auf, denen ich vorbehaltslos zustimmen konnte, aber die Zuhörer waren nicht die Leute, die ich dort gerne gefunden hätte: Volksgenossen aus allen Schichten der Bevölkerung. Die Anhängerschaft setzte sich allzusehr aus der geistigen Oberschicht, aus Offizieren, Beamten, Hochschullehrern und recht vielen Frauen zusammen!

Da brachte mich eines Tages ein Freund zu einer Versammlung der „Deutschen Arbeiterpartei“ in das Gasthaus zum „Deutschen Reich“.

Die Versammlung leitete *Drexler*, *Feder* sprach. Der Eindruck war so gut, daß ich der Partei sogleich als Mitglied beitrat. Ich war damit noch nicht das 70. Mitglied der jungen Partei.

Die „Deutsche Arbeiterpartei“ hatte eine kurze, aber doch inhaltsschwere Geschichte hinter sich, die ich, da sie für meine Gefolgschaft entscheidend war, hier kurz streifen will. Zudem glaube ich, daß sie nicht allgemein bekannt ist.

Die Geburtsstunde der Bewegung war der 7. März 1918. An diesem Tage schlossen sich einige freiorganisierte Fabrikarbeiter zu einem „Arbeitsausschuß für einen guten Frieden“ in München zusammen, um die deutschen Arbeiter über den Vernichtungswillen der Feindmächte aufzuklären und zur Bekämpfung der Kriegsgewinnler und der Schieber aufzurufen. 26 tapfere deutsche Arbeiter kämpften damals auf verlorenem Posten, ohne irgendwelche Hilfe, verhöhnt und verspottet von ihren eigenen Arbeitsgenossen.

Im Oktober fand unter dem Vorsitze Drexlers im Wagnersaale mit gutem Erfolg die erste öffentliche Versammlung statt.

Unmittelbar nach der Revolution traten diese deutschen Männer in kleinem Kreis zusammen, um den Ursachen und Wirkungen der Revolution nachzugehen und Aufklärung über die Vernichtungsarbeit des Judentums zu schaffen.

Am 5. Januar 1919 schlossen sich diese Arbeiter in der „Deutschen Arbeiterpartei“ zusammen und wählten Drexler zu ihrem ersten Vorsitzenden.

Drexler war ein schlichter deutscher Mann, der am Schraubstock in der Hauptwerkstätte der Staatsbahnen tagsüber seine harte Pflicht tat; — ein Ehrenmann unter den Arbeitern der Hand.

Ohne geldliche Unterstützung kapitalkräftiger Gönner, allein auf die geringen Mitgliederbeiträge angewiesen, versuchte die Partei ihren Gedankengängen und Zielen Geltung zu verschaffen. Die Versammlungslokale wurden mit der Zeit zu klein. Neben Dietrich Eckart, Gottfried Feder und Hermann Esser trat sehr bald Adolf Hitler hervor und legte in diesem kleinen Kreise den Grundstock zu seiner gewaltigen Bewegung.

Ich fehlte fast bei keiner Versammlung und konnte zu jeder irgendeinen Freund, hauptsächlich aus dem Kreise der Reichswehr, der Partei zuführen.

So konnten auch wir Mitstreiter von der Reichswehr viele Bausteine zu dem Aufstieg der jungen Bewegung legen.

Am 24. Februar 1920 gab die Partei in einer großen Massenversammlung im Hofbräuhaus-Festsaale das erstemal vor einer breiten Öffentlichkeit in 25 Punkten die Ziele der Bewegung bekannt. Die Versammlungen mußten vom Hof-



bräuhaus-Festsaal in den Münchner Kindlkeller, von hier in den Zirkus Krone verlegt werden.

Am 29. Juli 1921 wurde Hitler nach Abwehr innerer Kämpfe in der Partei zum 1. Vorsitzenden der „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei“ gewählt.

Mein besonderes Interesse galt der Sturmabteilung der N.S.D.A.P. Der prächtige Leutnant Klintzsch war der Organisator und Führer der kampfgewillten Sturmtruppe, die in manchen Versammlungskämpfen ihren Mut und ihre Kraft zu zeigen Gelegenheit hatte.

In Nordbayern hatte Hauptmann Heiß in Nürnberg von sich aus einen Verband: die **Reichsflagge,** geschaffen, deren innere Organisation und Geschlossenheit den meisten damals bestehenden Verbänden überlegen war. Wenn im Frühjahr 1919 in Nordbayern nicht ebenso wie in München die Räterepublik ausgerufen wurde, so ist es allein und ausschließlich das geschichtliche Verdienst dieses Offiziers, der mit seinem Bataillon Nürnberg in Schach hielt.

Heiß selbst lernte ich in München durch Dietrich Eckart kennen. Bald waren wir ein Herz und eine Seele. Ich habe nicht nur gute Freundschaft mit ihm geschlossen, sondern mit ihm, ebenso wie mit Major Hoffmann in Passau einen engen Bund der Arbeit gebildet. An vielen Veranstaltungen der Reichsflagge nahm ich teil, wiederholt begleitete ich Heiß auf seinen Werbefahrten im fränkischen Land.

Eines Tages versammelte Hauptmann Heiß einige Reichsflaggen-Angehörige in München, lud mich dazu ein und überredete mich, eine Münchener Ortsgruppe der Reichsflagge zu gründen. Da ich dienstlich sehr überlastet war, ging ich sehr ungern an diese Aufforderung heran. Erst nach längerem Sträuben ließ ich mich dazu bewegen. Als ich mir eine kleine Gefolgschaft geschaffen hatte und deren treue Anhänglichkeit sah, ging ich ganz in der Sache auf. Unter den ersten, die zu meiner Fahne kamen, waren Brey und Kugler, zwei besonders kampffrohe Gesellen, die vom Tage ihres Eintritts ab in treuester Gefolgschaft zu mir standen.

Schon viel früher hatte sich ein Kreis von Gesinnungsgenossen, fast ausschließlich Kameraden der Reichswehr und des alten Heeres, unter der Flagge „Schwarzweißrot“ mit mir zusammengetan. Wir tagten abwechselnd in größeren

Kaffeehäusern, trugen schwarzweißrote Abzeichen und sahen es als eine unserer Aufgaben an, die Gaststätten, in denen wir verkehrten, zu „nationalisieren“. Wenn wir das „Flaggenlied“ anstimmten und spielen ließen, sangen alle Gäste begeistert stehend mit. Allenfalls Andersgesinnten halfen wir auch etwas nach. Treu zur Fahne hielt vor allem Hauptmann Seydel. Mit Seydel hatte ich in gemeinsamer Kriegsschulzeit gute Kameradschaft geschlossen; in den Manövern und in der ersten Kriegszeit waren wir viel zusammengekommen, da sein Regiment im gleichen Korpsverband stand. Während des ganzen Krieges war er, wie der Vorsitzende eines Offiziersvereins einmal von ihm schrieb, „allerdings stets nur an der Front verwendet“. Nach dem Kriege hat uns gleiche politische Anschauung wieder zusammengeführt, und wir sind unzertrennliche Freunde geworden. Er gehört zu den Männern, denen nur eine Uniform paßt, niemals der bürgerliche Anzug — äußerlich und innerlich.

Aus diesem Kreis heraus gründeten wir die Ortsgruppe München des Nationalverbandes Deutscher Offiziere.

Den Vorsitz übernahm auf meinen Vorschlag Major Fehn. Unter seiner Führung wuchs die Organisation zu stattlicher Stärke heran. Wenn sie nachmals nicht das gehalten hat, was ihre Gründer sich versprachen, so lag das in dem späteren verfehlten Bestreben Fehns, die schäumende Jugend unter die Gesinnungsgefolgschaft der alten Generation, insonderheit der Generale und Exzellenzen zu zwingen.

Dem Kolonialkämpfer Fehn, der zudem lange in der Gefangenschaft zugebracht hatte, fehlte eben doch das aufwühlende und fortreißende Erleben des Stürmers und Kämpfers an den heimischen Fronten.

Im deutschen Volke stehen sich heute drei Generationen gegenüber: die ältere, die 1866 und 1870 noch nicht überwunden hat, die jetzige, die das Erlebnis des Krieges verkörpert, und die junge, die am Kriege nicht mehr als Kämpfer teilgenommen hat; oder sagen wir einmal militärisch gesprochen: die Generale, die Frontsoldaten und die Rekruten. Ihnen allen fallen in ihrem Rahmen besondere Aufgaben in dem Kampf für die Erneuerung des Vaterlandes zu. Müssen sich die Rekruten bescheiden, bis sie ihrer Lehrzeit entwachsen sind, so sollen die Generale das heilige Vermächtnis des Gei-



stes der alten Armee hüten und verkünden. Kein Soldat wird gerade ihnen die schuldige Ehrerbietung versagen; sie aber mögen nicht vergessen, daß sie die Wahrer des Offizier- und Soldatengeistes sind, den ein Friedrich der Große und ein Wilhelm I. geschaffen haben.

Diese leuchtenden Vorbilder des deutschen Soldatentums schlechthin haben aber nicht willen- und schrankenlose Unterordnung, sondern allem voran Ehre und Pflicht, Stärke des Charakters und der Persönlichkeit von dem Soldaten gefordert.

Die 27 bayerischen Generale, die später einen General Ludendorff ächteten, und die übrigen deutschen Generale, die diesem Schritt nicht entgegengetreten sind, haben der Wahrung des von den Soldatenfürsten überkommenen Vermächtnisses keinen guten Dienst erwiesen. Darüber hinaus haben sie eine Kluft aufgerissen, die kaum mehr zu schließen ist.

General, Frontsoldat und Rekrut müssen sich gegenseitig verstehen und achten, aber sie müssen die Grenzen, die ihrem Wirken gesetzt sind, halten.

„Das Alte stürzt, es ändern sich die Zeiten, und neues Leben blüht aus den Ruinen!“

Die **bayerische Armee, die preußische Armee ist gewesen;** der Krieg hat ihren strahlenden Ruhm für alle Zeit in das Buch der Geschichte geschrieben: aus Weltkrieg und Chaos muß **verjüngt** das **Deutsche Heer** erstehen.

Unsere Väter und Großväter waren zuerst Bayern und dann Deutsche; wir und unsere Nachfahren wollen und sollen zuvörderst Deutsche sein.

## 20. Gehilfe des Generals von Epp.

Die Geschichte des Arbeitsgebietes, das ich als Generalstabsoffizier des Obersten von Epp aufbaute und leitete, erschöpfend zu schildern, ist heute noch nicht an der Zeit. Die Ausarbeitung ist abgeschlossen; ihre Veröffentlichung muß aber einem späteren Zeitpunkt vorbehalten bleiben.

Voranstellen will ich nur, daß meine Arbeit unmöglich gewesen und fruchtlos geblieben wäre, wenn ich nicht das Glück gehabt hätte, unter einem Kommandeur zu stehen, der mit heißer Vaterlandsliebe überlegenes Können und rücksichtslosen Mut der Verantwortung verband.

Oberst von Epp wurde, seinem Dienstalter entsprechend, befördert und mußte den ihm liebgewordenen Rang eines Obersten, den ihm Seine Majestät der König verliehen hatte, mit dem republikanischen Generalstitel vertauschen. Das Handschreiben Eberts, in dem ihm die Beförderung mitgeteilt wurde, nahm er nur mit recht geteiltem Gefühl entgegen.

Bayern verdankt, was heute natürlich nicht mehr gern gehört wird, seine Rettung aus den Rätewirren vornehmlich diesem tapferen Offizier.

Als die Sache gefährlich war und es galt, seinen Kopf einzusetzen, war „man" froh um seine Arbeit und duldete ihn, wenn auch widerwillig.

Als die Gefahr durch ihn gebannt war, mußte er seinen Platz anderen räumen.

Es war hier so, wie immer und überall: der eine erkämpft die Stellung, die anderen nutzen den Erfolg.

Diejenigen, die für das Deutschland der „Ruhe und Ordnung" gekämpft und damit diese Republik, die sie nicht meinten, gefestigt haben, stehen heute alle im Hintergrunde dieses „Staates" oder sind gar von den derzeitigen Schützern der Republik verfemt und verfolgt; auf die nicht mehr gefährdeten Sessel haben sich die gesetzt, die zu warten verstanden haben.

Gerade die Freikorpsoffiziere können hier ein Lied singen. Sie wurden in zahlreichen Fällen hinausgedrängt und die, die sich den Einzug in München im Schlafrock vom Fenster aus angesehen hatten, sitzen heute an ihrer Stelle.

Durch die Aufstellung des Freikorps, das in den Kämpfen um München und im Ruhrgebiet seine Feuerprobe bestanden, hatte General von Epp den Grundstock zur bayerischen Reichswehr erfolgreich gelegt. Neben der Erziehung und Festigung der Truppe galt seine Sorge in den nächsten Jahren der Erhaltung von Wehr und Waffen.

Dieses Gebiet hatte er mir zur Bearbeitung übertragen. General von Epp gab die großen leitenden Gesichtspunkte; im einzelnen hatte ich mein Amt in selbst gewählter Verantwortlichkeit nach bestem Wissen und Können auszufüllen.

Nachdem der Vorsitzende Dr. Schetter des Femeausschusses des Reichstags, der mich wegen Ungebühr gegen den Herrn Dr. Paul Levi, M. d. R., zehn Tage in Stadelheim



einsperrte, auf Befragen amtlich mitteilte (Stenogramm des Berichtes über die 24. Sitzung des 27. (Feme-) Ausschusses vom 11. 10. 1926, Seite 11), daß die Vorgänge jener Jahre einer Geheimhaltung nicht mehr unterliegen, will ich es mir nicht versagen, den Schleier über einige Ereignisse dieser Zeit so weit zu lüften, als ich es für zulässig erachte. Von dem Freischein des Herrn Dr. Schetter in vollem Umfang Gebrauch zu machen, vermag ich mich allerdings zur Zeit noch nicht zu entschließen.

Vaterländisch gesinnte Männer, vor allem auf dem Lande, aber auch in den Mauern Münchens selbst, hatten es übernommen, Teile des Kriegsgeräts, das nach den Bestimmungen des Feindbundes vom Heer abgestoßen werden mußte, vor Vernichtung zu retten und in pfleglichen Verwahr zu nehmen.

Doch schon das Reichsgesetz über die Entwaffnung der Bevölkerung im Jahre 1920 stellte den ersten Schlag gegen diese vaterländische Betätigung dar. Das Gesetz bedrohte diejenigen, die geheime Waffenlager nicht den Behörden anzeigten, mit Gefängnis bis zu fünf Jahren. Freilich ließen sich die meisten Verwahrer durch diese gesetzliche Drohung nicht einschüchtern. Manche fanden aber doch einen Haken in der Sache. So galt es, diese Lager zu räumen und anderweitig zu bergen. Angesichts der Strafandrohung war eine neue Unterbringung naturgemäß sehr erschwert. Dazu kam, daß Berliner Stellen das Bedürfnis empfanden, in die bayerischen Waffenangelegenheiten sich zu mischen. Die Gegenarbeit setzte auf der ganzen Linie ein.

Auch die Landesleitung der bayerischen Einwohnerwehr mußte auf Grund des Entwaffnungsgesetzes im September 1920 eine Aufnahme und Stempelung ihrer Waffen und die Abgabe überzähligen Kriegsgeräts an die Waffenablieferungsstellen des Reiches und die Entwaffnungskommission der Entente durchführen.

Nach dem Vertrag von Spaa setzte die Tätigkeit der „Interalliierten-Militär-Kontrollkommission" verstärkt ein.

Die Reichswehr, deren Aufbau nach der Erschütterung vom März 1920 General von Seeckt leitete, wurde mit einem Netz von feindlichen Überwachungsorganen umgeben. Die Schwierigkeiten, trotz der Feindaufsicht eine brauchbare Truppe zu schaffen, wuchsen dadurch erheblich und wurden auch nicht

von allen Stellen gleichmäßig überwunden. Verräter und Schwätzer verdarben viel.

Am 1.1.1921 wurde die deutsche Wehrmacht von 200000 Mann auf 100000 vermindert. Eine ungeheure Organisationsarbeit war von allen Kommandostellen, von den Generalstabsoffizieren und Adjutanten zu leisten, um die Überleitung ohne zu große Schäden und Härten durchzuführen. Offiziere und Mannschaften mußten auf die Straße gesetzt werden, weil es dem Feind gefiel und weil die deutschen Unterhändler nicht die Kraft aufbrachten, bis zur letzten Folgerung stark zu bleiben. Vergebens erhofften die Vaterlandsfreunde, von der deutschen Regierung einmal das Wort „Nein!" zu hören. Das Nein wurde wieder nicht ausgesprochen. Der griechische Geschichtsschreiber Thukydides sagte einmal: „Der Grund, daß die Perser immer Sklaven waren und immer Sklaven sein werden, ist, daß sie das Wort Nein nicht aussprechen können." Wann endlich wird ein deutsches Nein der Welt zeigen, daß Deutschland nicht gewillt ist, dem persischen Lose zu folgen?

Die Herabminderung der Heeresstärke erstreckte sich natürlich auch auf Waffen und Gerät.

Mit dem 1.1.1921 hatte General von Epp das Kommando über die Infanterie als Infanterieführer des bayerischen Wehrkreises übernommen. Ihm unterstanden nunmehr die drei Infanterie-Regimenter (12 Bataillone) und das Pionier-Bataillon 7. Auch seine Tätigkeit dehnte sich daher nunmehr auf die Infanterie-Standorte ganz Bayerns aus. Die durch die Heeresverminderung gebotenen Waffenabgaben wurden im Einvernehmen mit der Reichstreuhandgesellschaft durchgeführt. Hierbei lernte ich Hauptmann Winter, einen vaterländisch gesinnten und verantwortungsbewußten deutschen Mann kennen und schätzen. Mit ihm führte ich einen zähen, dem Auge und dem Ohre der Öffentlichkeit entzogenen Kampf mit der Entente und ihrem Gesinnungslumpenanhang im eigenen Lande.

Es liegt auf der Hand, daß die Gegenarbeit, die im ganzen Lande geleistet wurde, den Organen der Entente mißfiel. Ohne die stillschweigende Duldung und Förderung von Ententeoffizieren, die als ritterliche Offiziere für unsere Lage Verständnis hatten und uns deshalb, weil wir ihnen entgegentraten, mit Achtung begegneten, wäre es wohl oft zu Skandalen gekommen. Insbesondere übten einige italienische Ver-



treter und auch manche englische Offiziere ihr Amt mit Würde und Takt aus. Ich kann es mir nicht versagen, den italienischen Major Grammacini hier als Vorbild des ritterlichen Gegners namentlich zu nennen. Von Zeit zu Zeit, wenn an irgendeiner Stelle zu gründliche Gegenarbeit geleistet worden war, gingen geharnischte Noten des Vorsitzenden der Interalliierten Militär-Kontrollkommission München, des Obersten Pallieri, an den Leiter der deutschen Verbindungsstelle.

Natürlich fehlte auch der Verrat nicht. Manche Berichte von Spitzeln und deutschen Ehrenmännern, die Waffenlager an die Entente verraten wollten, fanden jedoch den Weg gar nicht bis zu den Ententeoffizieren, sondern gingen bloß bis zu unseren Überwachungsorganen. Mancher treffliche Staatsbürger, der persönlich seinen Verrat an den Mann bringen wollte, schüttelte sein Herz einem falschen Ententeoffizier aus. Statt klingender Münze ward ihm sein Lohn hinter den Zuchthausmauern. Noch ist es nicht an der Zeit, die Verdienste eines Mannes zu künden, der hier sein Können einsetzte und über das Wohl des Vaterlandes wachte, als der brave Spießbürger den sorglosen Schlaf des Gerechten schlief.

Nun sind ja auch einige Edelmänner, die Waffen an die Entente verraten hatten, angeblich erschlagen worden. „Fememorde" sagt man heute — und dem Spießer gruselt es schon, wenn er bloß das Wort hört. Zu dem Polizeipräsidenten Pöhner kam einmal ein besorgter Staatsretter auf das Amtszimmer und teilte ihm im Flüstertone mit: „Herr Präsident, es gibt politische Mordorganisationen!" „So, so," erwiderte ihm dieser, „aber zu wenig!"

Für Neudeutschland ist es bezeichnend, daß nach etwa sechs Jahren ein eigener „Femeausschuß" des Reichstags eingesetzt wurde. Dieser Ausschuß sah seine Aufgabe darin, nach den Männern zu fahnden, die vor vielen Jahren, weil die Gesetze keine Handhabe boten, aus ihrem inneren Rechtsempfinden heraus niederträchtige Gesellen von ihrem Lumpenleben zum Tode beförderten. Sie sind nachträglich zur Verantwortung gezogen, ja sogar mit Freiheits- und Todesstrafen belegt worden. General von Epp, der am 11.10.1926 vor dieses Tribunal zur Vernehmung geladen wurde, scheute sich nicht, die Dinge beim rechten Namen zu nennen. Auch ich konnte dem Femeausschuß meine Auffassung darüber nicht vorenthalten.

Eine große Idee, deren Träger und Kämpfer bereit sind, das Leben einzusetzen, wird zu allen Zeiten Blutopfer geben und fordern. Parteifunktionäre, deren Geschäft die Politik ist, werden das natürlich nie begreifen; ihre Losung heißt nicht Blut, sondern Gold.

Der Schutz Oberschlesiens rief im Jahre 1921 deutsche Freiwillige, darunter auch das bayerische Freikorps Oberland, zu den Waffen, um deutsches Land gegen polnische Habgier und Raublust zu verteidigen. Der freche Pollake erhielt die nicht ungewohnten deutschen Schläge.

Manches Geschütz und mancher Wagen rollte auch von Bayern in das Kampfgelände; in München selbst wurden besondere Vorräte an Kriegsgerät zur Verfügung der Leitung des Selbstschutzes auf Abruf bereitgestellt.

Dem Gebote der Entente fielen auch die Zeugämter zum Opfer. Am 15. 6. 1921 wurden die drei bayerischen Zeugämter Bamberg, München und Ingolstadt aufgelöst, das gesamte Personal gekündigt oder entlassen.

In Ingolstadt allein standen Vorräte im Werte von 20 bis 25 Millionen Reichsmark zur Verfügung.

Besonders hart traf das Los viele Offiziere, Unterbeamte (Schirrmeister und Waffenmeister mit 20 bis 27 Dienstjahren, die ihr Lebenswerk verlassen mußten) und etwa 300 ausgewählte und tüchtige Vorarbeiter und Arbeiter, die teilweise schon seit Jahrzehnten im Amt Dienst geleistet hatten. Hier galt es sofort einzugreifen.

Den Vorschlägen, die ich zur Abwendung großen Schadens meinem Kommandeur unterbreitete, stimmte General v. Epp zu.

In München hatte ich ein umfangreiches Gerätelager errichtet, aus dem auch der Landwirtschaft manches nützliche Gerät, insbesondere Fahrzeuge, Geschirr und Stallsachen, überwiesen werden konnten.

Eine Ironie des Schicksals wollte es, daß ich auch die wiedererstandene berittene Abteilung der Schutzmannschaft weitgehend mit Reitzeug und Geschirrsachen ausrüstete.

Der Kommandeur der Abteilung sprach mir dafür in zwei Schreiben seinen amtlichen Dank aus; ausdrucksvoller erstatteten ihn die berittenen Schutzleute selbst dadurch, daß sie im November 1923 und am 1. April 1924 mit der von mir



überlassenen Ausrüstung auf meine Anhänger und Freunde einhieben.

Mittlerweile hatte sich die bayerische Einwohnerwehr äußerlich machtvoll entwickelt. Sie war schon im Laufe des Jahres 1920 ein entscheidender Machtfaktor der bayerischen Politik geworden.

Darüber hinaus faßte Forstrat Escherich mit der Gründung der Orgesch (Organisation Escherich) auch im übrigen Deutschland Fuß, gegen Süden griff er durch die Orka (Organisation Kanzler) nach Österreich, insbesondere Tirol, über. Dem Obergeometer Kanzler, der sich als Organisator des Chiemgaues einen Namen gemacht hatte, und der dann als stellvertretender Landeshauptmann an die Seite Escherichs trat, gebührt an dem Aufbau der Wehren besonderes Verdienst.

Der Herbst 1920 stand im Zeichen der öffentlichen Manifestation der Macht der Einwohnerwehr. An vielen Orten wurden größere Zusammenkünfte und Gauschießen veranstaltet.

Das Landesschießen der bayerischen Einwohnerwehren in der Hauptstadt München am 26. September 1920 sollte der ganzen Welt zeigen, wie unerschütterlich die Entschlossenheit der bayerischen Regierung und des bayerischen Volkes war, die hier gewonnene innere Macht und Ordnung gegen jeden Feind mit der Waffe bis auf das äußerste zu verteidigen. Nichts anderes konnte doch der Sinn und der Zweck dieses gewaltigen Aufmarsches sein.

Dies war der Leitgedanke der Reden, die an die Menge gerichtet wurden; in dieser Überzeugung streckten zehntausende Kämpfer ihre Waffen zum Schwur gen Himmel. Nur wenn die Führer von dieser kalten Entschlossenheit getragen waren, durften sie zum Generalappell in Waffen antreten lassen.

Sie waren es nicht.

Die Männer, die die Geschicke Bayerns in der Hand hatten, bekamen es mit der Angst vor ihrem übertriebenen anfänglichen Mut zu tun und sperrten den bayerischen Löwen wieder in seinen Käfig. Der 13. März 1920 hatte Bayern den Mann versagt, der damals Deutschlands — nicht Bayerns! — Geschick hätte entscheidend wenden können.

Als kurze Zeit nach der großen Fanfare auf dem Königsplatz in München Berlin die Kapitulation forderte, war die

„stolze" Antwort: **Rücktritt der Führer und Auflösung der Einwohnerwehr.**

Kahr und Escherich, die den Schwur der Hunderttausend gefordert, gleichzeitig aber damit diesen ihr Wort verpfändet hatten, willigten in die Auflösung. Der Abgeordnete Dr. Held verlangte im Namen der Koalitionsparteien, daß die Einwohnerwehr sich freiwillig auflöse, „um das Ministerium Kahr zu halten". Ende Mai 1920 versammelten sich die Kreis- und Gauleiter der Einwohnerwehr und beugten sich in hoffnungsloser Selbstaufgabe mit einigen Ausnahmen diesen parlamentarischen Forderungen. Gleichzeitig traten die Leute, die alles „vorher schon gewußt und schon immer gesagt" hatten, auf den Plan und stellten fest, wie „unklug" und „unpolitisch" die Aufmärsche der Einwohnerwehr, insbesondere am 26. September, gewesen waren. Meist waren es die gleichen, die sich vorher in Begeisterung überschlagen hatten.

„Mutig und voll Opfergeist" löste sich nun schleunigst die Einwohnerwehr auf — „um Kahr zu halten". Wahrlich ein Kampfziel von erschütternder Größe! Escherich zog sich zurück; Kahr folgte selbstverständlich nach wenigen Monaten.

Sie unterlagen nicht; denn sie kämpften nicht. Sie wagten gar keinen Kampf, sondern kapitulierten sofort. Natürlich „aus außenpolitischen Gründen!" Furchtbares wäre sonst über Deutschland gekommen, meint in wichtiger Amtsmiene der „besonnene" Politiker; gruselnd hört es der Spießer und schüttelt sich vor Angst und Sorge. Dietrich Eckart sagte einmal so treffend: „Der Durchschnitt des nichtjüdischen Menschen heißt Kahr; man überlege sich dies!"

Selten waren den Staatsmännern eines Landes so viele Möglichkeiten gegeben, das Gewicht und die Stärke ihres Staates zu entscheidender Zeit in die deutsche Waagschale zu werfen, wie den nachrevolutionären Vertretern bayerischer Staatsgewalt. Nicht in einem Falle sind sie ihrer deutschen Sendung gerecht geworden.

Die Kämpfer für Volk und Vaterland haben sich der „nationalen" bayerischen Regierung immer wieder angeboten; sie hat sie stets zurückgestoßen.

Die „Eigenstaatlichkeit der Länder" und der „Föderalismus" sind Begriffe von gestern — dank der mutigen Mitarbeit der eigenstaatlichen, föderalistischen bayerischen Staatslenker. Ein



Widerstand gegen Berlin wäre immer möglich gewesen, wenn man nur ernstlich gewollt hätte.

Heute geht der Streit, wie bei allen großen Fragen in dieser ideenlosen Zeit, nur um die Belange des Geldbeutels. Die Befürworter des Einheitsstaates wollen diesen, weil er „billiger" ist, seine Gegner lehnen ihn ab, weil sie einflußreiche und einträgliche Posten einbüßen.

Der deutsche Staat der Zukunft wird erst durch die Kämpfer gebaut werden; mit ihrer Hilfe werden staatsbildende Kräfte, so wie sie einst Preußen dem deutschen Vaterland geschenkt hat, das Dritte Reich errichten und gliedern.

Wie dieser Staat von heute in seiner Form gestaltet und verunstaltet wird, erscheint mir für die deutsche Zukunft ziemlich belanglos.

1921 lagen die Dinge noch anders; die Kämpfer standen bereit. Daß Bayern sich ihrer nicht bedient hat, ist seine tragische Schuld, von der die Geschichte es nicht freisprechen wird.

Darf es da wundernehmen, wenn ein durch und durch deutsch fühlender bayerischer Patriot wie der Präsident Pöhner, dessen staatsmännische Verdienste gerade um Bayern sicher nicht bestritten werden können, nach vielen Enttäuschungen zu dem zornigen Ausruf kam: „Bayern ist mir Wurst!"

In ähnlicher Weise kleidete ja schon vor dem Kriege ein um Bayern hochverdienter Kriegsminister, der sich der besonderen Huld und Gnade seines Königlichen Herrn erfreute, seinen Unmut in die Worte: „Wir Bayern haben ein Sauglück, daß es außer uns noch Tiroler gibt!" Womit dieser hohe Offizier die Erkenntnis aussprach, daß den Bayern nicht minder wie den willkürlich genannten deutschen Stammesbrüdern in Österreich bei all ihren guten Eigenschaften eine Führerrolle versagt zu sein scheint.

Diese schmerzliche Feststellung kann gerade der Bayer, der seine Heimat liebt und auf sie stolz ist, nicht unterdrücken, wenn er die lückenlose Folge versäumter Gelegenheiten überblickt, die einer kraftbewußten Staatsleitung Bayerns die Führung in Deutschland geradezu in die Hand gedrückt hätten.

Die Einwohnerwehr wurde geopfert; am 21. September 1921 trat Kahr zurück. Graf von Lerchenfeld wurde bayerischer Ministerpräsident. Escherich, der von der Schuld

an der Entwicklung der Dinge nicht freizusprechen ist, wenn auch diese vor allem auf Kahr fällt, trat in den Hintergrund. Oberstleutnant Kriebel, dessen überlegener Organisationskraft und unermüdlicher Arbeit der kraftvolle Ausbau der Einwohnerwehr überhaupt zu danken war, zog sich enttäuscht und verbittert zurück.

Da war es wiederum ein Verdienst des General von Epp, des unentwegten Förderers der Einwohnerwehr, daß er die entmutigten und führerlosen Kräfte, die nach Auflösung und Zusammenbruch Halt suchten, mit Rat und Tat unterstützte.

In dem Sanitätsrat Dr. Pittinger, der als Kreisleiter der Einwohnerwehr in Regensburg gewirkt hatte, schien der Mann gefunden zu sein, der die Führung der zerstreuten Kräfte übernehmen könnte. Escherich übergab die Führung zu treuen Händen an Dr. Pittinger. Diesem gelang es, die notwendigen Gelder aufzubringen. Nach einer Reihe von Besprechungen und Sitzungen, an denen meistens General v. Epp und ich als Berater teilnahmen, zeitweise auch Pöhner und Kahr, war eine neue Wehr auf die Beine gestellt, die später den Namen „Bund Bayern und Reich" erhielt. Die Mehrzahl der Führer der bayerischen Einwohnerwehren schlossen sich, im Vertrauen auf die Namen Epp, Pöhner und Kahr, dem neuen Bunde an. Nur einige Gaue hielten an Escherich fest.

Kahr hatte wieder sein Amt als Regierungspräsident von Oberbayern, das er sich offen gehalten hatte, übernommen.

Pöhner, der aus seiner Erbitterung über die Entwicklung der Dinge keinen Hehl machte, ließ eines Tages in den Straßen Münchens eine Bekanntmachung anschlagen, in der er seinen Rücktritt als Polizeipräsident öffentlich bekanntgab und begründete.

Der Herbst des Jahres 1921 brachte dem bayerischen Volke, soweit es auf dem überlieferten monarchischen Boden stand, noch einen schweren, schmerzlichen Verlust.

In Sarvar in Ungarn verschied am Nachmittag des 18. Oktober, fern von Seinem Volke und Seiner Heimat, der greise König Ludwig III.

Viele Irrfahrten, die der Königliche Märtyrer nach dem schmerzvollen 7. November 1918 unternehmen mußte, hatten ihn schließlich auf den gastlichen Boden des Königreichs Ungarn geführt. Der Todeskrankheit, die den König ergriffen



hatte, vermochte auch der edle, von München herbeigeeilte Leibarzt, Generalstabsarzt Professor Dr. von Seydel, nicht mehr Herr zu werden. Erst der tote Fürst kehrte wieder mit königlichen Ehren in seine Residenz zurück.

In Wildenwart wurde die Leiche der verblichenen Königin neben ihren toten Gemahl gebettet. Unter der Anteilnahme der gesamten Landbevölkerung führte der Leichenzug die toten Majestäten zur Landeshauptstadt. In München wurden die Särge in der Ludwigskirche aufgebahrt und am 5. Nov. 1921, am Jahrestage der vor acht Jahren erfolgten Krönung, in einem überwältigenden Trauerzug durch die Straßen der Residenz zum Dom geleitet. Nahezu ganz München grüßte noch einmal das tote Königspaar. Eine Reichswehrkompagnie erwies die militärischen Ehren. Abordnungen aus dem ganzen Lande gaben ihrem von landfremdem Gesindel vertriebenen Königspaar die letzte Ehre.

Wieder einmal pochte das Schicksal an die Pforte Bayerns. Nicht nur München, das ganze bayerische Volk weit über die Grenzen der sogenannten rechtsgerichteten Kreise hinaus, hatte ein lautes Bekenntnis zum Königsgedanken abgelegt. Wenn irgendwann, so war jetzt die Zeit, das Verbrechen des 9. November 1918 wieder gutzumachen. Jetzt galt es zu handeln.

Wäre damals Rupprecht als rechtmäßiger König vom Dome in die Residenz gefahren, um dort den Aufruf zu erlassen, daß er sich entschlossen habe, den Thron seiner Väter zu besteigen und die Zügel der Regierung seines Landes in die Hand zu nehmen, ein Jubel wäre durch Bayern und darüber hinaus durch Deutschland gebraust, und niemand hätte sich ihm widersetzen können.

Menschen- und Völkerschicksale entscheiden sich in Augenblicken; wer das Schicksal, wenn es an ihn herantritt, nicht faßt, dem entflieht es und kehrt nie mehr zurück.

Mit wehmütigen Gedanken sah ich den Tag scheiden. Mich bewegte nicht nur die Trauer um den hochseligen König und den gnädigen Inhaber meines Regiments, um den angestammten Fürsten meiner Heimat, dem ich stets die Treue gehalten; tiefer war noch meine Enttäuschung, daß dieser Tag, der die Schande des November 1918 aus dem bayerischen Schicksalsbuche hätte streichen können, ungenutzt zur Neige ging.

Hauptmann Römer, der dieses Mal den Beruf als „Ret-

ter des Vaterlandes“ in sich fühlte, hatte mit einem Teil seines Freikorps unnötig Bereitschaft gehalten, um den drohenden Königsputsch niederzuschlagen.

Die Roten gar konnten es nicht fassen, daß alles wirklich nur ein Traum war.

Der Beginn des Jahres 1922 brachte keine wesentlichen Ereignisse. Die „kochende Volksseele“ hatte sich rasch mit dem Abgang Kahrs und der Zügelführung des demokratisch-volksparteilichen Grafen Lerchenfeld abgefunden.

Die Organisation Pittinger, als die stärkste vaterländische Vereinigung Bayerns, gewann an Boden und festigte sich. Sie hatte die ersten Kinderkrankheiten überstanden und war auch den Verfolgungen der Polizei, unter denen sie anfangs zu leiden hatte, nicht mehr ausgesetzt. Das Hauptquartier der Organisation wurde in die Möhlstraße verlegt, wo auch Dr. Pittinger mit seiner gesamten Familie Wohnung bezog.

Auch mit Ungarn und Österreich unterhielt Pittinger damals enge Beziehungen.

Sie trugen dem Sanitätsrat allerdings den Vorwurf ein, den u. a. August Abel in aller Öffentlichkeit erhob, er verfolge den Zweck, Bayern vom Reiche loszureißen und es in eine Donaukonföderation unter dem Schutze Frankreichs einzubeziehen. Auch Hauptmann Römer, damals noch Führer des Freikorps Oberland, erhob die gleiche Anklage gegen Dr. Pittinger. Nach dessen ehrenwörtlicher Erklärung soll dieser ihm gegenüber gesagt haben: „Wir dürfen nicht davor zurückschrecken, unter dem Protektorat Frankreichs uns vorübergehend vom Reiche zu trennen.“ Die Organisation Oberland stand demzufolge in scharfem Gegensatz zu Pittinger. Ich habe in meiner damaligen Zusammenarbeit mit Pittinger keinen Anhaltspunkt gefunden, der die Vorwürfe berechtigt erscheinen ließ, um so mehr, als auch Forstrat Escherich den in dieser Richtung im Oktober 1921 geäußerten Verdacht später wieder fallen gelassen hat. Vielmehr stand ich damals der Führung des Oberland ablehnend gegenüber, da es mir nicht möglich war, Klarheit über Weg und Ziel der Führer des Verbandes zu bekommen. Anerkennen mußte ich allerdings immer die Tatkraft, mit der Römer seinen Bund führte und sich durchzusetzen wußte.

Die N.S.D.A.P. setzte ihren Aufschwung fort. Am 29. Ja-



nuar 1922 hielt die Bewegung in München ihren ersten Parteitag ab. Ihr Anwachsen fand jedoch nicht den Beifall der bayerischen Staatsregierung. Staatsminister Dr. Schweyer erklärte im März 1922 im Bayerischen Landtag: „die Ausweisung Hitlers werde zur Zeit erwogen“.

Diese Ankündigung entfachte aber doch weit über die Anhängerschaft der Hitlerbewegung hinaus einen derartigen Sturm der Entrüstung, daß die Staatsregierung es vorzog, über diesen Punkt vorerst nicht mehr zu sprechen. Besonders waren es Frontsoldaten, die für ihren Kameraden Hitler, der als Kriegsfreiwilliger zur deutschen Fahne geeilt war, für Deutschland $4^1/_2$ Jahre gekämpft und sich als Gefreiter das E. K. I erstritten hatte, laut und mannhaft eintraten. Freilich war diese Berufung auf Verdienste im Felde ein Gedanke, dem die bayerische Regierung des Grafen Lerchenfeld mehr als fremd gegenüberstand. „Gleichmäßig nach rechts und nach links“, war der Weisheit letzter Schluß, den Graf Lerchenfeld als seinen Regierungsgrundsatz der „mittleren Linie“ verkündete.

Eine Politik der Mitte in einem Staate, in dem noch die Wehen der Revolution nachzittern, muß notwendig zu einer Schaukelpolitik führen. Man kann eben nur mit Rechts gegen Links oder mit Links gegen Rechts regieren. Die Linke, deren Politik stets zielklarer und folgerichtiger war als die sogenannte bürgerliche Politik, hat stets nach links regiert. Der vorläufige Reichspräsident Ebert, dessen politischer Wille kaum zu bestreiten sein wird, sorgte auch dann für die Einhaltung einer klaren Linie, wenn er Männer in die Reichsregierung berief, die den Parteien der sogenannten Mitte angehörten. Neben anderen Gründen ist das wohl ein Hauptgrund, warum die in dieser Richtung beharrliche Politik der Reichsregierung sich stets gegen die schwankende Politik in Bayern durchgesetzt hat.

Mit dem Sturz Kahrs hatte Berlin einen entscheidenden Erfolg errungen; die darauffolgende Zeit nützte es, um das zwar widerstrebende, aber nicht straff geführte Bayern ganz seiner Botmäßigkeit zu unterwerfen. Hierzu waren den Berliner Machthabern alle Mittel recht. Der „preußische“ Staatssekretär Weismann überzog Bayern mit einem Netz von Agenten und Spitzeln. Bald entdeckte er in Bayern „bewaffnete Lager, aus denen auf jeden sich Nähernden scharf ge-

schossen wurde“, bald ordnete er durch seine Beamten Haussuchungen bei nationalen Männern an, da sie flüchtigen „Oberschlesienkämpfern“ oder „Erzbergermördern“ zur Flucht nach Österreich und Ungarn verholfen haben sollten. Die „flüchtigen Oberschlesienkämpfer“ waren aber meist Spitzel des Herrn Weismann selbst.

Als die Zeit erfüllt war, hielt es der vorläufige Reichspräsident Fritz Ebert für angezeigt, der unterworfenen Provinz einen Besuch abzustatten, und stieg am 12. Juni 1922 beim Grafen Lerchenfeld in München als Gast ab.

Die Begrüßung war allerdings nicht ganz so herzlich, wie sie Ebert wohl erwartet hatte. Wurde er schon am Bahnhof mit einer roten Badehose begrüßt, so begleiteten ihn auf seiner Fahrt durch München, soweit sein Besuch überhaupt beachtet wurde, Pfeifen und Zurufe von Angehörigen der Verbände, die sich auf dem Weg vom Bahnhof bis zur Leopoldstraße unauffällig verteilt hatten.

Kurz nach diesem Staatsbesuche schritt Berlin zur entscheidenden Tat.

Der Anschlag auf den Reichsminister Rathenau löste den lange und sorgsam vorbereiteten Vorstoß aus.

Dieser Minister starb den „Staatslenkern“ sehr gelegen! Der nationale Gedanke überhaupt, zu dessen Herold Bayern sich aufgeworfen hatte, mußte nunmehr entscheidend getroffen werden. Das war der feste Entschluß der Internationale, die hier in enger Beziehung mit Moskau arbeitete. Der rote Terror, insbesondere in Thüringen, konnte sich ungehindert breit machen. In Konstanz wurde der Major a. D. Scherer, der sich einer Horde roter Demonstranten widersetzte, bestialisch hingemordet. Reichswehroffiziere, die auf einer Übungsfahrt in Neuenroda sich befanden, wurden mißhandelt. Festsetzung von Geiseln, Mord und Greueltaten roter Bestien waren an der Tagesordnung.

Die marxistischen Bonzen scheuten sich nicht, den „klassenbewußten Proletarier“ für Rathenau, den hervorragendsten Vertreter des angeblich befehdeten Kapitals, in den Kampf zu werfen. Als wenige Monate darauf deutsche Arbeiter im Ruhrgebiet von französischen Maschinengewehren niedergemäht wurden, vergaßen sie merkwürdigerweise ganz darauf, zu ähnlichen Demonstrationen aufzurufen.



Gleichzeitig setzte nunmehr eine rücksichtslose Verfolgung nationaler Verbände ein. Die Regimentsvereine wurden verboten; später allerdings wieder erlaubt, da ihre Harmlosigkeit sogar von den Roten erkannt wurde. Zahlreiche nationale Verbände verfielen der Auflösung; insbesondere wurde die O.C., aus deren Kreisen heraus die Männer stammten, die Rathenau erschossen hatten, mit allen Mitteln verfolgt.

Die Reichsregierung legte dem Reichstag das Gesetz „Zum Schutze der Republik“, das Beamtenausnahmegesetz und das Reichskriminalgesetz vor. Der Mob der Straße, der am 18. Juli 1922 von den roten Gewerkschaften und Parteien am Königsplatz in Berlin aufgeboten war, erzwang die Annahme der Gesetze. Der Bruch der Reichsverfassung war damit durch die zu ihrer Wahrung bestellten Hüter selbst vollzogen worden: Die verfassungsändernden Gesetze hätten zu ihrer Annahme einer Zweidrittelmehrheit des „hohen Hauses“ bedurft; Regierung und Volksvertretung setzten sich aus Angst vor der Straße darüber hinweg. Durch Ausnahmegerichte und Ausnahmegesetze wurden Grundrechte des deutschen Volkes beseitigt. Die Klassenherrschaft gegen alles Nationale war damit festgelegt.

Alle Blicke des nationalgesinnten Deutschlands waren nunmehr auf Bayern gerichtet. Wie würde die bayerische Staatsregierung sich gegenüber diesem Staatsstreich verhalten?

Die bayerische Regierung und der Landtag erkannten das Schutzgesetz „materiell“ an, behielten sich jedoch die Vollzugsvorschriften vor. Das Beamtenausnahmegesetz wurde für die bayerischen Beamten nicht angenommen, auch Revolutionstribunal (Staatsgerichtshof) und Tscheka (Kriminalgesetz) für Bayern nicht zugelassen.

Die rote Meute tobte; gegen Bayern als den Hort der Reaktion und Gegenrevolution wurde allerorts gehetzt und geschürt. Die Lage verschärfte sich so, daß sogar das Reichswehr-Infanterie-Regiment 21, das in Ohrdruf übte, nach Grafenwöhr herangezogen wurde. Die Reichsregierung forderte von Bayern die Zurücknahme der einschränkenden Verordnungen.

Die Sozialistische Arbeitsgemeinschaft (S.P.D. und U.S.P.) plante, ohne unmittelbare Verbindung mit der Reichsregierung, jedoch möglichst im Zusammengehen mit der K.P.D., im Falle

des Fortbestandes des bayerischen Widerstandes die „Aktion" gegen Bayern. Diese sollte in der Erklärung des Generalstreiks liegen. Vorbereitet wurde zudem die Verkehrssperre. Von der Reichsregierung wurde gefordert, die bewaffnete Exekution gegen Bayern einzuleiten. In der Betriebsräteversammlung Groß-Berlins, die sich mit der Aktion gegen Bayern beschäftigte, wies der Kommunist *Remmele* auf die ungeheuere Gefahr hin, die darin zu erblicken sei, daß von München aus die Zersetzung des Proletariats mit dem „völkischen Schwindel" erfolge, und daß diese Agitation unter der Arbeiterschaft eine schon recht erhebliche Verwirrung erzeugt habe. Jeder Tag, den dieses gefährliche Treiben dank der Regierung und der Schlappheit der sozialistischen Arbeitervertreter länger dauern dürfe, verschlechtere die Gesamtlage zuungunsten des Proletariats, bis von Bayern aus der weiße Schrecken das deutsche Volk wieder unter die Sklaverei der Monarchie gebracht habe.

Das Referat Remmeles wurde mit stürmischen und begeisterten Beifallsrufen „Gebt uns Waffen! Auf nach München! Nieder mit Kahr und Pöhner!" begleitet.

Diese Ausführungen gaben einen klaren Beweis, wie stark die Stellung Bayerns zu jener Zeit war und wie gefährlich die damalige nationale Vormacht den Roten aller Schattierungen erschien. Unterlag Bayern in dem Streit mit der Reichsregierung, so war damit das gesamte nationale Deutschland, das damals im Lager Bayerns stand, entscheidend getroffen. Siegte aber Bayern, so konnte dem roten Vormarsch eine entscheidende Niederlage beigebracht werden. Die deutsche Sendung, die Entscheidung der Frage, ob ganz Deutschland im roten Sumpf ersticken sollte, oder ob, wenigstens an *einer* Stelle in Deutschland das nationale Banner siegreich wehen sollte, lag in diesen Tagen wiederum allein in der Hand der bayerischen Regierung.

Graf Lerchenfeld fuhr zu Unterhandlungen nach Berlin.

Wie immer, wenn es sich um die Entscheidung deutscher Lebensfragen handelte, wurde auch diesmal wieder von der Reichsregierung die angeblich so „gefährdete" außenpolitische Lage in die Waagschale geworfen. *Dieses Mittel hatte noch nie versagt; bei dem deutschen Spießer wird es auch niemals versagen.*



*Man malt dem ängstlich aufhorchenden „Bürger" die furchtbarsten außenpolitischen Folgen an die Wand, er wird immer, „um Schlimmeres zu verhüten", Ja und Amen sagen.*

Früher hieß es:

„Die Franzosen werden ins Ruhrgebiet einmarschieren" oder „Oberschlesien geht verloren" usw.

Diesmal war es die Rücksicht auf die Londoner Konferenz, in der die Franzosen nicht mehr und nicht weniger als die Finanzkontrolle über Deutschland forderten.

Der Reichspräsident ersuchte die Sozialistische Arbeitsgemeinschaft „mit Rücksicht auf die gespannte außenpolitische Lage", die Aktion gegen Bayern zu verschieben, und der Reichskanzler redete den bayerischen Unterhändlern gut zu, im Hinblick auf die Haltung Poincarés bei der Londoner Konferenz doch brav zu sein und nachzugeben.

Das Ergebnis waren Vereinbarungen zwischen dem Reich und Bayern, in denen der bayerische Ministerpräsident in allen Punkten brav nachgab. Dr. *Wirth* und Graf *Lerchenfeld* unterzeichneten. „Die bayerische Regierung zieht bis spätestens 18. August mit Wirkung von diesem Tage ihre Verordnung zurück." Das war kurz der Inhalt des Dokuments.

Die marxistische Presse triumphierte, insbesondere die „Münchener Post" stellte die Niederlage der bayerischen Regierung mit höhnendem Stolz fest.

Aber der nationale Gedanke in Bayern hatte sich doch so mächtig entwickelt, daß die helle Empörung über die Unterwerfung laut zum Ausdruck kam. Aus allen Teilen Bayerns, insbesondere aus Nordbayern, kamen sehr starke Abordnungen nach München, die beim Ministerrat und den einzelnen Parteien vorstellig wurden.

Besonders machtvoll war die Volkskundgebung auf dem Königsplatz in München, die stärkste und größte, die München je gesehen hatte. Anschläge und Flugblätter in München hatten zur Teilnahme aufgefordert. Die Nationalsozialisten rückten in geschlossenen Verbänden an; das Volk strömte in ungeheueren Scharen zu dem Platz und füllte das weite Feld. Als der zweite Redner, Adolf Hitler, das Wort ergriff, jubelten ihm Zehntausende zu. Die Begeisterung steigerte sich aufs höchste, als der Führer der N.S.D.A.P. sagte: „Bayern sei

zur Zeit das deutscheste Land im Deutschen Reich." Am Schlusse der Kundgebung erhoben die vielen Zehntausende auf Hitlers Aufforderung hin ihre Hände, um zu geloben, in Bayern Deutschland vor dem drohenden Bolschewismus zu schützen. Das von den Massen gesungene Deutschlandlied beendete die nationale Kundgebung. Am gleichen Abend sandten die Gewerkschaften folgendes Telegramm nach Berlin:

> „Die Reaktion in Bayern ist so stark, daß die Gewerkschaften ihr nicht mehr Herr werden können. Ein Widerstand ist nur möglich, wenn die Reichsregierung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln — Reichswehr und Sipo — gegen Bayern vorgeht. Nur unter dem Schutz dieser Maßnahmen können die Gewerkschaften in Bayern gegen die Reaktion wieder aufkommen."

Die rote Presse tobte nun. „Gefährdung der Reichseinheit", „Vorschubleistung der Pläne Frankreichs", „Erschwerung der außenpolitischen Lage" war die immer wiederkehrende Melodie.

Daneben suchte man die Entente auf Bayern zu hetzen und behauptete, daß diese bei der deutschen Regierung gegen die Reden Kahrs und Schweyers im Landtag Protest eingelegt habe.

Ich ließ mich durch die hochgehende nationale Welle nicht betäuben.

Flammende Proteste und Massenversammlungen sind zur Erzeugung einer Hochstimmung sicher wertvoll und vielleicht oft sogar unentbehrlich; wenn aber nicht *ein Mann* da ist, der hinter diesem Nebelangriff die praktische Vorbereitung zur Tat trifft *und entschlossen ist, zu handeln, bleiben sie wirkungslos*. Man braucht sich nur an den begeisterten Aufmarsch der E.W. auf dem Königsplatz in München erinnern. Zehntausende von Gewehren wurden zum Schwur gegen den Himmel gereckt — wenige Wochen darauf erfolgte sang- und klanglos unter teilweise recht beschämenden Begleiterscheinungen die Entwaffnung und Auflösung. Hier sah ich die Lage genau so an: man ließ die nationale Begeisterung sich austoben; in den Parteizimmern saßen aber mittlerweile schon die Parteibonzen zusammen, um einen Weg des Kompromisses zu finden und festzulegen. Das „Kompromiß" ist seit Jahren immer und überall der Weisheit letzter Schluß.

Eines war mir jedenfalls klar, daß nur eine entscheidende



Tat die Verhältnisse grundlegend ändern konnte; daß deren Gelingen aber um so schwerer fiel, je weiter sie hinausgeschoben wurde. Die Zeit wird immer gegen uns arbeiten, weil sie die Zustände der Novemberrevolution stabilisiert. Der Mensch gewöhnt sich schließlich an alles.

Dazu werden für die Dummen, die auch in der Einstellung zu einer bestimmten Staatsauffassung immer die mehreren sein werden, von Zeit zu Zeit Schlafpulver verteilt, damit sie nicht vorzeitig aus dem behaglichen Schlummer erwachen.

Es wird wenig Leute geben, welche die Psyche der „nationalen" Schlafmützen so richtig erkannt haben wie der vom Volke nicht gewählte Reichspräsident Ebert. Nach außen legte er sich eine solche Zurückhaltung auf, daß die „besonnenen" und „reifen" nationalgesinnten Staatsbürger der Überzeugung Ausdruck gaben, **Ebert „sei ja gar nicht so", „er sei kein Sozialdemokrat mehr" usw.**, sondern ein Mann, der eigentlich sehr verkannt werde. Sie beeilten sich auch später, als der „Magdeburger Prozeß" unliebsame Erinnerungen aus der Novemberzeit 1918 wachrief, dem nunmehrigen Präsidenten des Reiches seine Vaterlandsliebe rückwirkend laut und ausdrücklich zu bescheinigen. Ebert mag im stillen herzlich gelächelt haben über die guten Leute. Und als er nun gar das Lied „Deutschland über alles" zum Nationalliede der Republik „erhob", da war des Wunderns und der Begeisterung kein Ende. „Erhob": mit diesem Worte verzeichnete ein Münchener „nationales" Blatt das große Ereignis und schwelgte in eitel Wonne.

Ich schrieb damals diesen „Nationalisten" ins Stammbuch: „‚Deutschland über alles' war immer das Nationallied der national gesinnten Deutschen! Wenn jetzt die Sozi und Usozi es auch zum Nationallied ihrer Republik machen, so freut es mich für die vielen prächtigen Arbeiter, die leider durch Gewerkschaftsbonzen, Betriebsräte und dergleichen Fronvögte mehr gewaltsam und mühsam gegen ihren Willen noch bei den Sozifahnen festgehalten werden." Bei den „Allzuvielen" erreichte der kluge Schachzug seinen Zweck.

Die „Münchener Post" mußte allerdings einige Zeit darauf ernstlich rügen, daß die Leute dieses unverdienten Geschenkes eigentlich gar nicht wert wären. Die Haupt- und Residenzstadt hatte am Verfassungstage nur sehr mangelhaften

Flaggenschmuck angelegt. Dies veranlaßte die „gesamte republikanisch eingestellte Bevölkerung" Münchens, am darauffolgenden Sonntag ihre stolzen Fahnen zu einer Verfassungsfeier auf dem Königsplatz zu sammeln. Der republikanische Oberhäuptling Erhard Auer rief; bedauerlicherweise aber kamen nicht alle, sondern nur so wenige, daß sie getrost auf dem freien Platz vor dem Altheimereck untergekommen wären. Der Sozi hatte halt zu jener Zeit einfach kein Glück in München!

Das von dem Grafen Lerchenfeld und seinen Beratern am 11. August in Berlin vorläufig abgeschlossene Kompromiß fand nicht die Billigung der Koalitionsparteien.

Am 18. 8. fuhren daher die Minister Schweyer und Gürtner zu neuen Verhandlungen nach Berlin. Graf Lerchenfeld, dem der bayerische Ordnungsblock offen zugerufen hatte, er sei im Begriffe, Bayerns Totengräber zu werden, konnte schon deshalb die neue Abordnung nicht führen, da er sich durch ein geheimes Abkommen mit Berlin die Hände gebunden hatte. Ebert hatte sich darin dem bayerischen Ministerpräsidenten gegenüber verpflichtet, daß die Reichsregierung gegen die ihr bekannten bayerischen, angeblich bewaffneten Organisationen nicht vorgehe.

Hier braucht eigentlich nicht besonders erwähnt zu werden, daß das Abkommen natürlich noch am selben Tage der französischen Botschaft in Berlin bekannt war.

Die „Münchener Post", die es ja wissen mußte, schrieb damals: „Im wohltuenden Gegensatz zur bayerischen Regierung hat sich bei der Austragung des Streites zwischen Reich und Bayern die wahrhaft staatsmännische Führung der Angelegenheit durch den Reichspräsidenten Ebert gezeigt."

Den neuen Verhandlungen der bayerischen Unterhändler in Berlin sahen die nationalen Kreise mit unverhohlener Besorgnis entgegen. Die bayerischen Unterhändler waren den Berlinern an Geschick stets unterlegen. Kundige wußten zudem, daß es der Bayerischen Volkspartei lediglich darauf ankam, die Verhandlungen über den bayerischen Katholikentag hinaus hinzuziehen, um eine Massenbeteiligung aus allen Gauen Deutschlands nicht zu gefährden.

Dieses Ziel wurde auch erreicht. Der Katholikentag in München fand unter größter Teilnahme statt; in einer eindrucksvollen Rede sprach der Kardinal-Erzbischof von Faulhaber



das berühmte Wort: „Die Revolution war Meineid und Hochverrat." Durch diese laut und öffentlich verkündete Feststellung gewann sich der Kardinal, darüber hinaus die katholische Kirche, eine sichere und starke Gefolgschaft in den nationalen Kreisen Deutschlands, deren sie sich in der Folgezeit oft mit Vorteil bedienen konnten. Ich will aus der Tatsache, daß der Kardinal späterhin ähnliche Feststellungen peinlichst vermied, nicht schließen, daß seine Oberen mit dieser Auffassung nicht einverstanden waren.

In den Verhandlungen mit Berlin unterlag natürlich die bayerische Regierung.

„Sie mußte versagen," schrieb ich am 29. 8. 1922, „weil sie sich allein auf ihren parlamentarischen Brotgeber stützte und nicht die Machtfaktoren (Reichswehr, Landespolizei und Selbstschutz) unbedingt zur Gefolgschaft sich verpflichtet hatte. Diese Fehler in der Einschätzung der tatsächlichen und wirksamen Kräfte, noch verstärkt durch den Mangel an Instinkt in der Behandlung der Volksstimmung und den Verzicht auf die Führung und Ausnutzung dieses Volkswillens, scheinen mir das Wesentlichste zu sein. Andere in die Augen springende Ungeschicklichkeiten traten daneben in den Hintergrund... So kam es, daß die nationalen Kreise der bayerischen Regierung das Vertrauen zum nationalen Wiederaufbau versagten und einer gesonderten Führung Gefolgschaft leisteten, die mehr zu bieten versprach."

„Die Wahrung der nationalen Belange", fuhr ich in dieser Denkschrift fort, „war bisher in die Hand des Sanitätsrats Dr. Pittinger gelegt. Er hatte damit eine ungeheure Aufgabe übernommen, der er und sein Stab nicht völlig gerecht zu werden vermochten. Ohne die geleistete Arbeit herabsetzen zu wollen, muß gesagt werden, daß die Aufgabe ihre Kraft überstieg. Das liegt nicht nur in der Größe der Aufgabe als solcher begründet, sondern auch in der unzureichenden Wirkungsmöglichkeit dieser Männer überhaupt. Es geht nicht an, daß man einem Kreis solcher Personen freie Hand in dem Aufbau und im Ziel ihrer Tätigkeit gibt, daß man es ihnen überläßt, den Zeitpunkt zu entscheidenden Handlungen zu bestimmen, um dann, je nach Gelingen der Aktion, sich an die Spitze der Bewegung zu setzen oder sich von ihr loszusagen. Das, was zu schaffen ist, muß die Entscheidung herbeiführen, muß für Bayern

und ganz Deutschland die Wiedererneuerung und Wiedergeburt aus nationaler Schmach und nationalem Elend bringen. Für die Lösung dieser Aufgabe sind die Besten gerade gut genug. Die Männer, die das Vertrauen der nationalen Schicht des Volkes genießen, dürfen sich, wenn sie demnächst die Führung übernehmen wollen, ihrer Aufgabe im gegenwärtigen Augenblick nicht entziehen. Sie haben die Pflicht, ihre Person schon jetzt einzusetzen und das Steuer schon jetzt zu führen. Wenn man die Überzeugung hat, daß die Durchführung der Schutzgesetze der Bolschewisierung Deutschlands vorarbeitet, ist Gefahr in Verzug."

„Die losgerissenen deutschen Gebiete und die Brüder deutscher Art und Zunge in Österreich und den Randstaaten wenden ihre Blicke auf das Land, das als erstes wieder national gefestigt scheint.

Der Feind wird uns erst dann wieder achten und eine Regierung für verhandlungsfähig halten, wenn sie stark und deutsch ist und das Volk führt, nicht aber von der Masse geführt wird."

Diese Betrachtungen gipfelten in besonderen Vorschlägen, die die Zusammenfassung aller nationalen Kräfte zum Ziele hatten.

Dies konnte nach meiner Erkenntnis einer unverantwortlichen Leitung damals nicht gelingen.

Die schleunigste Eile aber tat not, da die Verhältnisse zur Tat drängten.

Die bayerische Division befand sich in diesen Tagen auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr. Mit Oberstleutnant Hofmann und Hauptmann Heiß sprach ich meine Erwägungen durch.

Die Gesamtauffassung ging dahin, daß durch einen politischen Druck eine Reichsregierung eingesetzt werden sollte, die der Erfüllungspolitik ein Ende machte.

Die Führung in Bayern konnte unserer Ansicht nach nur der Landeskommandant haben, der mit dem Chef der Heeresleitung in Verbindung treten mußte. Oberstleutnant Hofmann trug unsere gemeinsame Anschauung dem General von Epp vor.

General von Epp, der die Lage klar und entschlossen be-



urteilte, hatte mit dem Befehlshaber General von Möhl eine eingehende Aussprache.

Der bayerische Befehlshaber schloß sich der Meinung des Generals von Epp an und entsandte mich nach München zu Geheimrat Dr. Heim, um diesem seine Ansichten und Auffassungen zu übermitteln.

Heim nahm in seiner Erwiderung keinen klaren Standpunkt ein und betätigte sich als Sphinx.

General von Möhl stand damals unter aufmerksamer Beobachtung des Auslandes. Englische Zeitungen, z. B. „The Daily Mirror" vom 4. 9. 1922 brachten aus Paris eingehende Nachrichten über die „Secret Mobilisation" und „Bavarian Troops Massed for March in Munich". Ihre Wissenschaft hatten sie allerdings der „Münchener Post" entnommen!

Oberstleutnant Kriebel, der damals mit Berliner Kreisen enger zusammenarbeitete, schrieb mir auf meine Anregung, in unserem Lager mitzuarbeiten, zunächst ablehnend. Das Abschwenken Escherichs zu Graf Lerchenfeld und das Verhalten Pittingers verleidete ihm eine Tätigkeit in den nationalen Kreisen, die, wie er sagte, „durch den Ehrgeiz ihrer verschiedenen Führer künstlich auseinander gehalten werden". Er wies damals schon auf die Schaffung einer rein militärischen Organisation unter Heiß mit Einbeziehung Oberlands hin, bei der die „Politiker den Mund zu halten haben".

München stand zu dieser Zeit immer noch im Zeichen der Krise. Das Vertrauen zu Graf Lerchenfeld war in den nationalen Kreisen schwer erschüttert.

Der Politiker Pittinger hielt daher jetzt die Stunde für gekommen, in München loszuschlagen. An Stelle einer ursprünglich auf dem Königsplatz geplanten Kundgebung versammelte er seine Mannen im Münchner-Kindl-Keller. Die Reichswehr und eine große Zahl der bayerischen Minister waren von München abwesend.

So wären seiner Tatenlust keine Wettbewerber in den Weg getreten.

Aber vielleicht gerade deshalb verließ ihn das Vertrauen in die eigene Kraft; er entschloß sich, das Unternehmen abzublasen und begab sich in den Chiemgau, um dort eine Zeitlang als harmloser Wanderer seine Tage zuzubringen.

Ob sein Gönner Kahr über den Ausgang dieser „Re-

volution" gegen Lerchenfeld besonders erfreut war, entzieht sich meiner Kenntnis.

Ein Abgesandter Pittingers war vor dem Kindl-Keller-Unternehmen nach Grafenwöhr gekommen; ich weiß nicht, inwieweit er die Generale von Möhl und von Epp von beabsichtigten Maßnahmen unterrichtete. Die beiden waren in jenen Tagen durch die Truppenübungen stark in Anspruch genommen. Ich war hier ausschließlich als Truppen-Generalstabsoffizier verwendet und vermied es möglichst, meinem Kommandeur über Dinge, die nicht den militärischen Dienst betrafen, Vortrag zu erstatten.

Der Abgesandte Pittingers setzte auch Oberstleutnant Hofmann und mich von den Dingen, die da kommen sollten, in Kenntnis. Seine Ausführungen machten uns nicht den Eindruck, daß man in München eigentlich wußte, was man wollte. Da wir den Mangel einer ausreichenden Vorbereitung sahen und daher mit Recht eine kraftlose Durchführung befürchteten, lehnten wir bestimmt ab, uns zu beteiligen. Im Ernste glaubten wir allerdings gar nicht an die Sache. Wir waren überrascht, als die Unternehmung wirklich versucht wurde, konnten uns über ihr Mißlingen jedoch nicht wundern.

Dadurch war aber nun eine ganz unhaltbare Lage geschaffen. Pittinger hatte sich die Regierung und alle politischen Parteien zum Feinde gemacht. In den eigenen Reihen wurde die Empörung über das Versagen der Führung und der Ruf nach einem Soldaten an der Spitze laut. Ich war damals der Ansicht, daß Pittinger als Leiter der Selbstschutzverbände zurücktreten sollte. General von Epp machte zwar den Führer Pittinger und seinen Stab für das fehlerhafte und mißlungene Unternehmen verantwortlich, wollte aber Pittinger nicht preisgeben.

Von einem Rücktritt Pittingers als Führer der Selbstschutzbewegung versprach ich mir in diesem Augenblick die Möglichkeit einer Einigung und Zusammenarbeit mit Kreisen, die im Kampf mit dem Sanitätsrat lagen. Das war vor allem Oberland, das seine Führung strikt ablehnte, dann die Orgesch und andere nationale Verbände Norddeutschlands und in Österreich, sowie die wertvolle Kraft des Obersten Bauer. Auch General Ludendorff hätte dann wohl als Ratgeber gewonnen werden können. Schließlich konnte auch die O.C.,



deren Führer, Kapitän Ehrhardt, Pittinger ablehnte, in die Front einbezogen werden.

Darüber hinaus hielt ich dafür, daß der Zeitpunkt geeignet sei, das Verhältnis zwischen Staat und Selbstschutz überhaupt einer grundlegenden Neuregelung zu unterziehen.

Die Lage war doch nach der Zerschlagung der Einwohnerwehr die, daß sich Organisationen gebildet hatten, auf deren Zusammensetzung und Verwendung der Staat keinen maßgebenden Einfluß ausüben konnte. Damit begab dieser sich eines unschätzbaren Stärkezuwachses, auf der anderen Seite entbehrte der Selbstschutz der staatlichen Förderung.

Die Frage war um so brennender, als die fortschreitende Geldentwertung die Verbände vor große Schwierigkeiten stellte, wenn nicht der Staat und kraft seiner Autorität alle staatserhaltenden Kreise helfend eingriffen. Damit wäre aber auch die Erhaltung der geretteten Materialwerte, die Milliarden von Volksvermögen darstellten, gefährdet gewesen. Ich brauche hier wohl nicht weiter zu betonen, daß ich unter Staat in diesem Zusammenhange immer nur den Staat nationaler Prägung ins Auge gefaßt hatte.

Da der bayerische Ministerpräsident nicht das Vertrauen besaß, das die Grundlage eines engeren Verhältnisses zwischen Staat und Selbstschutz bildet, regte ich bei General von Epp an, durch Fühlungnahme mit vertrauenswürdigen Mitgliedern der Regierung darauf hinzuwirken, daß als Nachfolger ein Mann gewählt werde, dem dieses Vertrauen geschenkt werden könne.

Der Zeitpunkt einer Neuordnung der Dinge erschien mir auch deshalb günstig, weil im nationalen Lager eine Scheidung und ein neuer Aufmarsch der Kräfte sich vollzog.

In der bayerischen Mittelpartei hatte das Verhalten in der Frage des Republikschutzgesetzes und in der völkischen Frage das Ausscheiden der Gruppe des Obersten von Xylander zur Folge, etwa zur gleichen Zeit, als in Berlin Graefe und Wulle sich von der Deutschnationalen Partei lösten und eine starke Gefolgschaft hinter sich sammelten. Escherich, der als Gefolgsmann Lerchenfelds wieder hervortreten wollte, fand keinen Anklang mehr. Sein öffentlicher Aufruf verhallte völlig wirkungslos.

Im Bund Oberland schieden sich die Geister. In „Treu-

Oberland", später „Blücherbund" genannt, sammelten sich wertvolle Kräfte.

Die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Auseinandersetzung zwischen der nationalen, d. h. staatserhaltenden und der internationalen, staatszerstörenden Richtung wurde in nationalen Kreisen doch immer mehr und mehr erkannt.

Die Überzeugung, daß diese Auseinandersetzung nicht durch unausgesetztes Predigen von „Ruhe und Ordnung", sondern nur durch Kampf erfolgen konnte, setzte sich in der nationalen Bewegung allmählich, wenn auch langsam, durch.

Auf der anderen Seite bedeutete die Einigung zwischen M.S.P. und U.S.P. zweifellos ein Eingeständnis der Angst vor der erstarkenden nationalen und völkischen Bewegung.

Die Weltpolitik zu Anfang des Oktober 1922 stand ganz im Zeichen des türkischen Freiheitskampfes Kemal Paschas, den Frankreich stützte. Dagegen versuchte England einen Druck auf Frankreich dadurch auszuüben, daß es der Aufrollung der Kriegsschuldfrage durch den deutschen Reichskanzler zustimmte.

In Bayern entwickelten sich die Dinge im Monat Oktober dahin, daß der bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld zurücktreten mußte. An seine Stelle trat von Knilling, der sich vorher des Einverständnisses der nationalen Kreise versichert hatte.

Der Ausgang des Jahres 1922 sah die N.S.D.A.P. Hitlers, der sich mittlerweile an die Arbeitsgemeinschaft der Vereinigten Vaterländischen Verbände angeschlossen hatte, in großem Aufstieg. Der Sieg des italienischen Faschismus trug zweifellos zu diesem Aufschwung damals bei. Daneben war es aber das offenkundige Versagen aller parlamentarischen Parteien, das die sehnenden Volksmassen zu Hitler trieb.

Die großen Judenzeitungen der Welt nahmen mit Besorgnis von dem drohenden Anwachsen der nationalsozialistischen Bewegung Kenntnis. Die Wiener „Neue freie Presse" vom 14. 12. 1922 mußte anerkennen, daß Hitler aus „einem nicht ganz ernst genommenen Außenseiter der stärkste Machtfaktor des süddeutschen Nationalismus" geworden war.

Der völkische Gedanke drang auf der ganzen Linie siegreich vor.

Der Deutsche Turnerbund (1919), der rund 600 Vereine deutscher Art umfaßt und in Linz 1922 ein rein deutsches



Treffen veranstaltet hatte, gab zu Ende des Jahres ein Rundschreiben an die angeschlossenen Turnvereine des Bayerischen Turnerbundes heraus, worin er forderte, „daß das Deutsche Turnerfest in München 1923 in streng völkischem Geiste veranstaltet und durchgeführt werde und nur von Festgästen und Turnern deutschen Stammes und arischer Abkunft besucht werden dürfe".

Diesen zusammenfassenden Überblick über die Entwicklung der politischen Lage im Reiche und in Bayern sowie der vaterländischen und der völkischen Bewegung in den Jahren 1921 und 1922 mußte ich voranstellen als Grundlage des Verständnisses für den Kampf, den die Sozialdemokratie geführt hat, um die bayerische Reichswehr ihrem Einfluß unterzuordnen.

Im Januar 1922 erschienen plötzlich in der sozialistischen Presse heftige Angriffe gegen General von Epp, die ihm Unterstützung der Nationalsozialistischen Partei und des „Völkischen Beobachters" vorwarfen. Desgleichen erfolgte eine Interpellation im Reichstage in der gleichen Angelegenheit.

Kurz darauf reichte der Abg. Auer eine längere Anklageschrift bei dem Reichswehrminister Geßler ein. Er behauptete darin, daß von der Reichswehr Sturmkolonnen abgestellt seien, um die „Münchener Post" zu zerstören.

Vor allem aber waren die Waffentransporte und die Unterbringung der Waffen im Lande das Ziel seines Vorstoßes.

Dabei richtete er eine Reihe von persönlichen Angriffen gegen mich und meine Mitarbeiter.

Das Schreiben Auers lautete im Auszug:

**Sturmkolonnen gegen die „Münchener Post".**

Im Hartmannshof in der Hartmannstraße in München wurde vor einigen Monaten eine Sturmkolonne aus Reichswehrlern gegründet, die die Aufgabe hat, gegebenenfalls die „Münchener Post" mit Handgranaten zu überfallen. Bestimmt hierzu wurden vier handfeste Kerls, die die entsprechende Bewaffnung aus den Reichswehrbeständen erhalten sollten.

Was wissen Sie davon? Wer gibt das Geld?

Gegen Ende Januar waren in Wien etwa 30 aktive und inaktive Offiziere, darunter der Hauptmann Ernst